

Terminhinweis!

Die nächste Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes wird am Sonnabend, dem 9. Mai 1987, in Flensburg stattfinden. Der Vorstand bittet Sie, diesen Termin vorzumerken und freizuhalten.

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53 • 2390 Flensburg Geschäftsführer: Walter Harenberg Sprechzeit: Montag-Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher (04 61) 2 67 08, außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 57 06

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020

Postgiro: Hamburg 11407-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

Lothar Hay

Betrachtungen zur Kommunal- und
Minderheitenpolitik in der Grenzstadt Flensburg3

Immo Doege

Quo vadis — Schleswigsche Partei?9

Marion und Karl-Werner Schunck

Anneliese Raabke — ein Emigrantenschicksal.....27

Umschau ab Seite 65

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.
Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte Südergraben 53, 2390 Flensburg.
Verantwortlich: Artur Thomsen, Holstengang 4, 2390 Flensburg.
Druck: Severin GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

Betrachtungen zur Kommunal- und Minderheitenpolitik in der Grenzstadt Flensburg*

I.

Die Flensburger Kommunalpolitik ist schon seit 1984 dadurch gekennzeichnet, daß Haushalte mit Defiziten aufgestellt werden müssen.

Wenn die Entwicklung im Jahre 1987 so weiterlaufen wird wie bisher, so wird die Stadt Flensburg am Ende dieses Jahres vor aufgelaufenen Defiziten von rd. 30 Mio DM stehen. Wenn man über das Jahr 1987 hinausblickt und die bisher eingetretene Entwicklung fortführt, so ist am Ende des Jahres 1990 mit der heute noch unvorstellbaren Summe eine Defizites von rd. 120 Mio DM zu rechnen.

Die Kumulation der Defizite läßt es mittelfristig als unmöglich erscheinen, daß die Stadt sich aus eigenen Kräften aus dieser Lage befreien und wieder ausgeglichene Haushaltspläne aufstellen kann.

Was sind nun eigentlich die Ursachen für diese Haushaltsentwicklung in Flensburg? Die Ursachen konzentrieren sich vor allem auf drei Bereiche. Die Gewerbesteuererinnahme ist weit hinter dem Aufkommen früherer Jahre zurückgeblieben. Bei den Sozialausgaben erleben wir einen explosionsartigen Anstieg. Trotz sparsamster Personalbewirtschaftung ist auch der Anstieg der Personalkosten mit ein Faktor, der zu der defizitären Haushaltsentwicklung beigetragen hat. Bei den Sachaufwendungen gibt es eigentlich keine Steigerung mehr, sie ist in Flensburg zum Stillstand gekommen.

Sozialausgaben und weite Teile der Personalausgaben sind von der Stadt nicht beeinflusbar. In den vergangenen Jahren sind alle Konsolidierungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden. Für neue Konsolidierungsmaßnahmen im herkömmlichen Sinne ist ein Spielraum nicht mehr vorhanden. Neue Maßnahmen und Aktivitäten sind auf ein Minimum begrenzt und stehen in keinem Verhältnis mehr zu dem Aufwand, den die Umlandgemeinden zugunsten ihrer Bürger treiben können. Das gleiche gilt für die sogenannten freiwilligen Leistungen, denen die Stadt sich nicht entziehen kann, will sie nicht das kulturelle und gesellschaftliche Leben in ihrem Bereich zum Erliegen bringen.

Die Möglichkeiten, die Einnahmeseite aus eigener Kraft zu verbessern, müssen eindeutig negativ beurteilt werden. Deshalb wird häufig die Forderung an die

*Gekürzte und überarbeitete Fassung eines Referates, gehalten anlässlich der Tagung des Bundes deutscher Nordschleswiger am 10. Januar 1987 in der Akademie Sankelmark.

Stadt und auch an die anderen kreisfreien Städte gestellt, ihre Ausgaben zu begrenzen. Die Stadt Flensburg hat schon in den letzten Jahren eine äußerst sparsame Bewirtschaftung durchgeführt. Dieses schlägt sich auch in den Zahlen nieder. Der Anteil der Personalkosten am städtischen Verwaltungshaushalt ist in den letzten zehn Jahren ständig gesunken. Neue Stellen wurden kaum noch eingerichtet, mit dem Ergebnis, daß inzwischen ein großer Nachholbedarf an neuen Planstellen besteht. Weitere Stelleneinsparungen kommen derzeit überhaupt nicht mehr infrage, es sei denn, man wäre bereit, auf alle sogenannten freiwilligen Leistungen zu verzichten. Die Folge wäre eine weitere Verschlechterung der Lebensqualität in Flensburg im Vergleich zum Umland, ganz zu schweigen von Orten im Süden der Bundesrepublik Deutschland.

Der größte Ausgabeposten sind aber die Sozialhilfelasten. 58 % aller Steuer- und Finanzeinnahmen der Stadt Flensburg werden für die Sozialhilfe in Anspruch genommen. Im Jahre 1980 lag dieser Satz noch bei 35 %. Eine Reduzierung der Sozialhilfekosten ist nur durch eine Veränderung der wirtschaftlichen Lage zu erwarten.

Natürlich hat Flensburg dennoch eine Zukunft, aber sicher ist auch: Die Rahmenbedingungen müssen sich ändern. Der von mir geschilderte Zustand, der kommunale Zustand in Flensburg, ist auch der Rahmen, in dem sich die kommunale Minderheitenpolitik bewegen kann.

II.

Grundlage für die kommunale Minderheitenpolitik in Flensburg ist ein Beschluß der Ratsversammlung vom 5. Mai 1983. Dieser Beschluß wurde von den damals in der Ratsversammlung vertretenen Parteien einstimmig gefaßt. »Die Stadt Flensburg, geleitet von Inhalt und Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. 3. 1955 sowie in dem Bewußtsein des Wertes des deutschen und dänischen Kulturkreises für die Eigenart und das Wesen der Stadt, sieht es als ihre Aufgabe an, im Rahmen der Gestaltung ihrer Angelegenheiten auch Einrichtungen ihrer dänischen Mitbürger zu sichern, die diese zur Bewahrung ihrer Identität brauchen. Deshalb will die Stadt diese Einrichtungen prinzipiell in gleicher Weise fördern wie entsprechende eigene Einrichtungen bzw. entsprechende Einrichtungen Dritter. Der Umfang der Förderung im Einzelfall soll im Einvernehmen mit dem Träger der Einrichtungen erfolgen.«

Die Bezuschussung von Einrichtungen der dänischen Bevölkerungsgruppe war in Flensburg vor 1983 Gegenstand von teilweise kontroversen Auseinandersetzungen in der Ratsversammlung, im Magistrat und in den Ausschüssen. Einen einheitlichen Bezuschussungsmaßstab zu finden, erwies sich bei diesen Beratungen als nicht möglich. Es ging um die Notwendigkeit, einen generellen kom-

munalpolitischen Leitgedanken zu finden, um bei Beratungen in den Gremien über finanzielle Bezuschussung dänischer Einrichtungen nicht immer wieder in Grundsatzdebatten zu geraten. Einvernehmen bestand zwischen den Parteien 1983 und auch noch heute, daß eine Förderung nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erfolgen kann.

Das Streben der dänischen Minderheit nach eigener Identität im sozialen, schulischen und kulturellen Bereich hat in Flensburg zu einem fruchtbaren Nebeneinander mit deutschen Einrichtungen geführt. Darauf hinzuweisen ist auch, daß die dänischen Einrichtungen teilweise weit überdurchschnittlich ausgestattet sind.

Das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit in der Stadt Flensburg kann als ein positives Nebeneinander bezeichnet werden. Fördernd wirkt sich vor allem die Tatsache aus, daß in Flensburg alles Dänische als attraktiv gilt. Innere Vorbehalte gegenüber dem Dänischen, die es noch vor 1955 gegeben hat, sind in Flensburg nicht mehr zu bemerken.

Als hemmend für das Nebeneinander wirken sich die weitgehende Unkenntnis der dänischen Sprache bei vielen Flensburgern aus und das Bestreben der dänischen Minderheit, die eigene Identität zu wahren und zu stärken und so ein Eigenleben zu entwickeln, das sich von dem der Mehrheit deutlich absetzt.

Die Aktivitäten der dänischen Minderheit laufen in der Regel in Flensburg neben denen der Mehrheit einher, ohne daß es zu Berührungen kommt. Es gibt aber auch Aktivitäten, die zu einer Bereicherung des Angebotes für die gesamte Stadtbevölkerung führen, z. B. die Konzerte des Sønderjylland Sinfonieorchesters und sonstige kirchenmusikalische oder Ballettveranstaltungen. Die dänische Bibliothek wird von vielen deutschen Interessenten genutzt, zumal sie den Leihverkehr mit den großen dänischen Bibliotheken erschließt.

Die 700-Jahrfeier der Stadt Flensburg im Jahre 1984 wurde von Mehrheit und Minderheit in Flensburg gemeinsam begangen. Die dänischen Aktivitäten haben das Stadtjubiläum eindeutig bereichert.

Zusammenarbeit im Interesse der gemeinsamen Sache ist auch auf dem Gebiet des Sportes festzustellen.

Im Bereich der Jugendarbeit gibt es eine Arbeitsgemeinschaft der Heime der offenen Tür; sie wird von deutschen und dänischen sozialen Verbänden gemeinsam getragen.

Positiv hat sich in den letzten Jahren auch die Zusammenarbeit zwischen deutschen und dänischen Organisationen im Rahmen der Stadtbildpflege entwickelt. Diese Ausführungen sind im wesentlichen identisch mit dem Beitrag Flensburgs zum Minderheitenbericht der Landesregierung aus dem Jahre 1986.

Im Jahre 1986 wurden durch den städtischen Haushalt insgesamt 1,58 Mio DM

zur Förderung dänischer Einrichtungen in Flensburg gezahlt. Der Schwerpunkt der Förderung lag im Bereich der Jugendarbeit. So wurden die dänischen Kindergärten und Kinderhorte mit insgesamt 622.000,— DM bezuschußt. Dazu kamen Jugendfreizeitheime mit 220.000,— DM. Für Kindergärten und Jugendfreizeitheime gelten die gleichen Bezuschussungsrichtlinien wie für vergleichbare Einrichtungen der Stadt Flensburg bzw. anderer Organisationen. Bei der Schülerbeförderung innerhalb der Stadt Flensburg werden die dänischen Schüler genauso behandelt wie die deutschen Schüler. Ein weiterer großer Förderungsposten im letzten Jahr war der Bereich der Kultur. Hier wurden insgesamt 321.000,— DM bereitgestellt für die dänische Zentralbibliothek und die Förderung von Theaterveranstaltungen. Besonders hervorzuheben ist für das Jahr 1986 ein Investitionszuschuß an Flensburg Avis in Höhe von 200.000,— DM.

Trotz der schwierigen Finanzsituation in Flensburg ist von keiner Seite infrage gestellt worden, daß auch 1987 die dänischen Einrichtungen ohne eine Kürzung weiterhin bezuschußt werden.

Die Unterstützung der Stadt Flensburg für Flensburg Avis in Höhe von 200.000,— DM als einmalige Finanzhilfe und die Überlassung eines Grundstückes im Wege des Erbbaurechtes zu marktüblichen Zinsen ist oft falsch verstanden worden. Mit Wirtschaftsförderung hatte die Entscheidung des Magistrates der Stadt Flensburg nicht das mindeste zu tun. Die Herausgabe einer Zeitung für eine Minderheit kann sich weder den Wettbewerbsregeln auf dem Medienmarkt noch wirtschaftlichen Gesetzen unterwerfen. Wer es ernst meint mit der politischen und kulturellen Gleichberechtigung und der Eigenständigkeit von Minderheiten, der muß auch bereit sein, erhebliche Zuschüsse zu zahlen, die sich auch außerhalb der sonst im Bereich des Staates üblichen Finanzierungswege bewegen.

Die Kommunalpolitiker in Flensburg hatten ein vielfältiges Interesse am Verbleib der Zeitung der dänischen Minderheit in ihren Stadtmauern.

Auch in Flensburg gibt es noch einige zwischen dem SSW und den anderen Parteien nicht abschließend geklärte Fälle kommunaler Bezuschussung. Für den kulturellen Bereich gehen die Forderungen des SSW über die Zugeständnisse der anderen Parteien hinaus. Von allen Parteien gemeinsam wird allerdings derzeit getragen, daß eine Erhöhung der Bezuschussung dänischer Kulturinstitute angesichts der Finanzlage der Stadt Flensburg zur Zeit nicht möglich ist.

Ende 1984 stellte Dansk Skoleforeningen einen Antrag auf Bezuschussung von Baukosten für zwei dänische Schulen in Flensburg. Nach eingehenden Beratungen in den zuständigen städtischen Ausschüssen wurde Ende 1985 ein Beschluß gefaßt, in dem die Stadt Flensburg sich grundsätzlich bereit erklärt,

Zuschüsse in Höhe von 15 % der förderungsfähigen Kosten zu zahlen.

Die konkrete finanzielle Förderung von dänischen Schulbaumaßnahmen kann jedoch erst dann erfolgen, wenn grundsätzlich wieder für Baumaßnahmen im Jugend-, Sport-, Sozial- und Kulturbereich ein 15%iger Zuschuß der Stadt Flensburg zur Verfügung gestellt wird. (Durch Beschluß der Ratsversammlung vom 29. 1. 1987 bis 1989 keine Investitionszuschüsse.)

Die Verhältnisse im deutsch-dänischen Grenzgebiet werden oft als Modellfall für das Zusammenleben verschiedener Völker in Europa bezeichnet. Trotz dieser positiven Beurteilung aus der Ferne ist nicht das Ende jeglicher Minderheitenpolitik erreicht. Der dänische Staatsminister Schlüter sagte Ende 1986 in einer Antwort auf die Frage eines sozialdemokratischen Folketing-Abgeordneten:

»Für Minderheiten wird es immer wieder neue Probleme geben.« Entscheidend ist, in welchem Geist, mit welchem Willen zur gegenseitigen Verständigung man versucht, diese Probleme zu lösen. Daß hier in den letzten Jahren Vorbildliches geleistet worden ist, kann ich als Angehöriger einer Generation, für den die Zeit des Grenzkampfes Geschichte ist, nur bestätigen. Es gilt in erster Linie, das bisher Erreichte zu bewahren und darauf aufzubauen. Der friedliche Wettbewerb der beiden Kulturen darf nicht ausarten in einen Kulturkampf, auch wenn es auf beiden Seiten manchmal Tendenzen in dieser Richtung gibt. Diese Tendenzen sind eindeutig in einer verschwindend kleinen Minderheit auf beiden Seiten zu finden. Wer auf die positiven Aspekte des doppelten Angebots im kulturellen und in anderen Bereichen hinweist, darf dabei nicht außer acht lassen, daß ein doppeltes Angebot auch eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Kommunen bedeutet. Wer diesen lebhaften geistigen Austausch zweier Kulturen auch in Zukunft aktiv unterstützen will, muß angesichts veränderter kommunaler Rahmenbedingungen die Kommunen im Grenzland in die Lage versetzen, weiterhin die bisherige Bezuschussungspraxis üben zu können.

Wichtig für die Zukunft ist auch, daß die Jugend die geschichtliche Entwicklung des Grenzlandes ohne Vorurteile oder Geschichtsklitterungen kennenlernt, denn nur aus Unwissenheit und Desinteresse können gegenüber der Minderheit Äußerungen gemacht und Entscheidungen gefällt werden, die verletzend und diskriminierend wirken.

Man muß den Minderheiten im Grenzgebiet das Recht zugestehen, sich zu den geistigen Grundlagen ihres Volkes zu bekennen. Dieses Bekenntnis muß deutlich und selbstbewußt der Umgebung gegenüber sichtbar gemacht werden können.

Die Bewahrung eines Gleichgewichtes zwischen gewollter Selbstisolierung zur Bewahrung der eigenen nationalen und kulturellen Identität und Offenheit auf der anderen Seite ist zugegebenermaßen manchmal ein recht schwieriger Weg.

Von der Mehrheitsbevölkerung muß man Verständnis für diese Situation erwarten. Verständnis wächst aber nur aus der Kenntnis über die Situation im Grenzland heraus. Ich würde es für einen wesentlichen Fortschritt im Nebeneinander von Deutschen und Dänen in Flensburg halten, wenn die Einladung eines Vertreters der Stadt zum dänischen Jahrestreffen zustande käme.

(Stadtpräsident und OB sind inzwischen eingeladen worden und haben ihre Teilnahme am Jahrestreffen zugesagt.)

»Voraussetzung für die bewußte Nutzung der Zweiströmigkeit des Grenzlandes im geistigen, kulturellen und im politischen Bereich ist eine feste Verwurzelung im angestammten Volkstum. Ein reger kultureller Austausch, für den in unserem Grenzland gerade die Minderheiten einsteht, ist nur möglich zwischen Partnern, die stark und bewußt in ihrer eigenen Kultur sind.« (Minderheitenbericht der Landesregierung)

Toleranz darf nie zur Gleichgültigkeit führen!

Quo vadis — Schleswigsche Partei?

Versuch einer Zwischenbilanz der Entwicklung in der politischen Partei

der deutschen Minderheit in Nordschleswig nach den Amts- und Kommunalwahlen im November 1985

Die Kommunal- und Amtratswahlen in Nordschleswig am 19. 11. 1985 erwiesen sich vom Stimmenergebnis her für die Partei der deutschen Volksgruppe in Dänemark (»Slesvigsk Parti«) als ein »schwarzer Dienstag«. Zwar konnte die Anzahl der deutschen Mandate in den Kommunalvertretungen von 12 auf 14 gesteigert werden, aber die prozentualen Verluste der SP bei diesem Wahlgang lagen mit durchschnittlich 9 % im kommunalen und rund 11 % im amtskommunalen Bereich bedenklich hoch. Spitzenverluste betragen in einigen Kommunen sogar über 20 %¹. Da die zwei hinzugewonnenen Mandate in Lundtoft und Tondern nur durch *wahltechnische Bündnisse*, die nach der dänischen Wahlgesetzgebung möglich sind, erreicht worden waren, breitete sich innerhalb der Volksgruppe in den folgenden Wochen eine tiefe Nieder geschlagenheit über dieses wahrlich enttäuschende Ergebnis aus. (vgl. auch GFH 4/85 in der *Umschau*: »Kommunalwahlen in Dänemark«, S. 235/236). Verstärkt wurde diese Stimmung zunächst auch noch durch eine Reihe von recht negativen Kommentaren zu diesem Wahlergebnis in den Medien in Dänemark und Schleswig-Holstein, wobei zu bemerken war, daß die dänischen Kommentatoren weit zurückhaltender auftraten als ihre deutschen Kollegen diesseits und jenseits der Grenze. Häme über das schlechte Wahlergebnis der Schleswigschen Partei war eigentlich nirgendwo spürbar, eher ein gewisses mitfühlendes Bedauern. Vielleicht dachte

man auch insgeheim schon an die dänische Minderheitenpartei im Landesteil Schleswig, die die Kommunalwahlen am 2. März 1986 noch vor sich hatte. Eine gelinde »Katastrophenstimmung« hingegen wurde von deutscher Seite und nicht zuletzt in den Leitartikeln des deutschen Minderheitenblattes »Der Nordschleswiger« erzeugt.

Die Radiojournalistin M. Benecke konstatierte in einem Wahlkommentar auf NDR I »mehr Schatten als Licht« hinsichtlich des Abschneidens der »Schleswigschen Partei« und bezeichnete das Ergebnis als »das schlechteste in der Geschichte der Volksgruppe«. »Bei Anhalten des Trends«, so diagnostizierte sie weiter, »wird es im Jahr 2000 keine politisch organisierte Form der deutschen Volksgruppenarbeit mehr geben«. Besserung war für sie nur erkennbar, wenn man eine »nordschleswigsche Regionalpartei mit festem Konzept (und) einem politischen Standort schafft, die offen sein muß für dänische Nordschleswiger«.¹

Zu teilweise sehr heftigen internen Auseinandersetzungen in Leserbriefen und Standpunktartikeln in der deutschen Tageszeitung »Der Nordschleswiger« führten einige Leitartikel und Wahlkommentare des Blattes, wo das Wort »Katastrophe« nur allzu häufig benutzt worden war. Besonderer Streitpunkt waren dabei die wahltechnischen Absprachen an einigen Orten mit der populistischen »Fortschrittspartei« des Steueradvokaten Glistrup. Während dadurch in Lundtoft/Feldstedt ein Mandat für die Schleswigsche Partei gesichert werden konnte, gingen die Apenrader Hoffnungen auf ein zweites deutsches Mandat nicht in Erfüllung, da die Fortschrittspartei — wie auch im gesamten Land — hier erdrutschartige Stimmenverluste bei dieser Wahl hatte hinnehmen müssen. Auch das relativ schlechte deutsche Ergebnis bei der Amtsratswahl wurde von einigen Journalisten auf die Wahlbündnisse zurückgeführt, da sie »offenbar den Wähler verunsichert (hätten),

denn wie ist sonst erklärbar, daß die Ergebnisse auf Amtsebene noch schlechter ausgefallen sind?«²

Erste Wahlanalysen im Hauptvorstand, im Wahlausschuß und in den Bezirks- und Ortsvereinen des BdN brachten kaum brauchbare Ergebnisse, die für die künftige politische Arbeit der deutschen Volksgruppe hätten richtungsweisend sein können. Vor allem stellte niemand die politischen Inhalte der deutschen Wahlprogramme auf Amts- und Kommunalebene ernsthaft in Frage. Stattdessen wurden von einigen Persönlichkeiten innerhalb der Volksgruppe immer stärker Gedanken vorgetragen, die auf eine *organisatorische Trennung* der Parteiarbeit vom kulturellen Wirken des BdN abzielten. Fast gleichzeitig tauchte auch der Gedanke einer Namensänderung der »Schleswigschen Partei« auf, verbunden mit dem Ziel, die deutsche Minderheitenpartei im Sinne einer stärkeren *Regionalisierung* mit einem neuen und attraktiveren Image zu versehen und sie damit auch für Wähler aus den Randbereichen des nordschleswigschen Deutschtums wählbar zu machen.

Diese beiden Punkte: Trennung von SP und BdN und die Veränderung des traditionsreichen Namens »Schleswigsche Partei« in »Nordschleswigsche Partei« mit Betonung einer regionalen Komponente sorgten in der Folgezeit in den Orts- und Bezirksvereinen des BdN für Diskussions- und Zündstoff in reichem Maße.

Auf der traditionellen »Januartagung« des BdN vom 9. bis 12. 1. 1986 in der Akademie Sankelmark befaßte sich eine größere Arbeitsgruppe mit der Frage einer künftigen neuen Linie der Schleswigschen Partei. Hier stellte man jedoch bald fest, daß die Bereiche Kultur und Politik innerhalb des BdN nur schwer voneinander zu trennen seien, unterstrich aber andererseits, daß man, um kulturell weiterhin wirksam sein zu können, auch politisch präsent sein müsse. Für künftige Wahlen sei es deshalb auch unabdingbar, daß alle Verbände und Institutionen der deutschen

Volksgruppe solidarisch die Arbeit und die Ziele der SP stützen müßten. Weiterhin wurde auch hier die Forderung unterstrichen, die Kleinarbeit vor Ort zu intensivieren und dafür Sorge zu tragen, daß sich alle Mitglieder der Volksgruppe in sozialer und kultureller Hinsicht im BdN »wohl fühlen« könnten. Aufgabe der SP müsse es deshalb sein, diese Kriterien auch zwischen den Wahlen aktiver durch verstärktes politisches Auftreten zu verdeutlichen. Einer Trennung bzw. Entflechtung von BdN und SP wurde eine ziemlich deutliche Absage erteilt, nicht zuletzt unter Hinweis auf die sichtlich schrumpfende Zahl der Volksgruppenmitglieder, die eventuell weitere neu anfallende Posten und Funktionen kaum ausfüllen könnten.

Auch das sicher wohlwollend gemeinte Plädoyer des in Sankelmark anwesenden 1. Landtagsvizepräsidenten Kurt Hamer in der abschließenden Diskussionsrunde im Plenum, in der er eine »stärkere Artikulierung der politischen Vertretung« der deutschen Volksgruppe forderte und es für sinnvoll hielt, daß sich die »SP zur Regionalpartei mausert« zumal es »Felder für eine politische Profilierung« gäbe, fand wenig Widerhall unter den Anwesenden.³ Ebenso wurde der Gedanke eines schleswigholsteinischen Referenten abgelehnt, der den Vorschlag gemacht hatte, politische Ziele der deutschen Minderheit durch die Mitarbeit von Deutschen in *dänischen* Parteien durchzusetzen.

Sicher gab der BdN-Hauptvorsitzende Gerhard Schmidt die Meinung der Mehrheit der Tagungsteilnehmer wieder, als er am Ende der Diskussion erklärte, daß er »eine Trennung von Politik und Kultur, oder eine weitere Öffnung der Volksgruppe nicht für sinnvoll« halte. Es sei unerlässlich, »Kulturarbeit und die Interessen unserer Volksgruppe durch unsere eigene politische Kraft, die Schleswigsche Partei abzusichern«. »Jede weitere Diskussion« müsse dort beendet sein, »wo die Identität der SP als politische

Vertretung der deutschen Volksgruppe und unser Zusammenhalt nach innen gefährdet wird.«

Nachdem Sankelmark keine praktikable Lösung für die anstehenden Fragen und Probleme gebracht hatte, kam einer außerordentlichen Delegiertenversammlung des BdN am 14. Mai 1986 eine erhöhte Bedeutung zu. So war auch das Vorfeld dieser Versammlung gekennzeichnet von intensiven Beratungen und Diskussionen über die politisch offenen Fragen nach dem »neuen Weg«.

In den Versammlungen der Orts- und Bezirksvereine des BdN wurde deutlich, daß eine Trennung von BdN und SP — mit den damit verbundenen Satzungsänderungen, in der bisher von einigen vorgeschlagenen Form — kaum mehrheitsfähig sein würde. Wiederholt wurde an der Basis die Furcht geäußert, daß die Personaldecke der Volksgruppe einfach zu dünn sei, um notwendige neue Posten in der Partei zu besetzen. Zudem brachten mehrere Mitglieder der Volksgruppe in den Beratungen und in Leserbriefen die Furcht zum Ausdruck, daß die deutsche Minderheit sich bei einem solchen Schritt allenfalls noch weiter zersplittern werde. Weitgehend abgelehnt wurde in dieser Phase auch die von Chefredakteur und Sekretariatsleiter S. Matlok immer wieder geforderte »Regionalpartei« mit einem neuen Namen. Als Gegengründe wurden genannt, daß kaum zu erwarten sei, damit dänische Stimmen im Landesteil zu gewinnen und, daß eine »weitere Öffnung die Gefahr des Wegdriftens der Partei von der Volksgruppe in sich bergen könnte«, und eventuell sogar »der Anfang vom Ende« sein könnte. Erneut wurde hingegen gefordert, daß sich die SP nicht damit begnügen sollte, nur vor den Wahlen Programme zu erstellen, sondern laufend deutliche Akzente zu anstehenden politischen Fragen setzen sollte. Konsens herrschte überall in der Forderung nach einer verstärkten politischen Basisarbeit innerhalb

des BdN auch zwischen den Wahlen und in dem Wunsch nach verstärkter Solidarität aller deutschen Verbände und Institutionen in politischen Fragen.

Neue Signale über einen möglichen künftigen politischen Weg wurden Mitte April deutlich, als sich der Generalsekretär des BdN und das Mitglied des Wahlausschusses N. E. L. Petersen, der besonders für das »Entflechtungsmodell« eingetreten war, in einem Interview mit dem »Flensburger Tageblatt« äußerten. P. I. Johannsen und Petersen legten hier ein abgewandeltes Konzept vor, von dem sie hofften, daß es auf der Delegiertenversammlung abschließend diskutiert werden könnte. *»Danach soll eine Schleswigsche Partei gegründet werden, die selbständig arbeitet und mit ihrem Vorsitzenden im Hauptvorstand des BdN vertreten ist. Dabei bliebe der BdN als Dachorganisation der deutschen Volksgruppe bestehen und wäre weiterhin für die volksgruppen-politischen Interessen sowie für die Finanzplanung zuständig. Die Schleswigsche Partei soll sich um allgemeine politische und kommunal- sowie amtskommunalpolitische Fragen kümmern, und das nicht nur jeweils vor einer Wahl, sondern laufend!«⁴*

Die Hoffnungen des Generalsekretärs erfüllten sich allerdings auf der a. o. Delegiertenversammlung am 14. Mai in Tingleff nicht. Was nach der teilweise mit starken Emotionen geführten Debatte übrigblieb, war allenfalls eine Erkenntnis, die Johannsen in die Worte kleidete: »Das Thema Trennung (BdN/SP) ist vom Tisch — es ist nicht mehrheitsfähig!«⁵ Weiterhin faßte er die bisherige Diskussion dahingehend zusammen, daß nicht nur organisatorische Änderungen notwendig seien, sondern daß es vor allem auch um politische Inhalte gehe, wenn die deutsche Volksgruppe eine politische Kraft im Grenzland bleiben wolle. Gleichzeitig forderte er mehr Progressivität, nicht zuletzt auch in den Fragen, die den Alltag der deutschen Minderheit mitbestimmen.

Für den Hauptvorstand und die Gremien des BdN blieb als Resultat der Tingleffer Versammlung der Auftrag, bis zur nächsten Delegiertenversammlung im Herbst einen mehrheitsfähigen Vorschlag für neue politische Arbeitsformen zu entwickeln. Zielvorstellung sollte dabei sein, einen im BdN verankerten Parteiapparat zu schaffen, mit einem eigenen Vorsitzenden, der sich laufend zu anstehenden politischen Fragen äußern könne. Daß im Herbst eine endgültige Entscheidung fallen müsse, hatten eine Reihe von Delegierten in ihren Diskussionsbeiträgen mehr als deutlich unterstrichen.

Nach der Sommerpause verstärkten sich die Diskussionen in den Führungsgremien und den BdN-Bezirksvereinen erneut. Auf einer Sitzung des Hauptvorstandes am 22. 9. 1986 wurde beschlossen, der Schleswigschen Partei (SP) im Rahmen des BdN eine stärkere Eigenständigkeit sowohl auf Bezirks- wie auch auf regionaler Ebene einzuräumen. Die BdN-Ortsvereine sollten danach wie bisher für die allgemeine Vereinsarbeit und die kulturellen Veranstaltungen zuständig sein, während die Bezirksvereine künftig Träger der Schleswigschen Partei in ihrem jeweiligen Bereich sein sollten. Eine Neuerung würde danach darin bestehen, daß die BdN-Mitglieder eines Bezirks den *SP-Bezirksverein* bilden, einen *Bezirksvorstand* und einen *Vorsitzenden* wählen, der die SP vor Ort vertreten kann. Auf regionaler Ebene wurde vorgesehen, die schon bestehende »Kommunalpolitische Arbeitsgemeinschaft«⁶ als »Schleswigsche Partei« in die Satzungen des BdN zu integrieren. Aufgabe der SP sollte die Vertretung parteipolitischer Interessen in Amt und Kommunen sein, während die Planung der kulturellen Arbeit wie bisher vom »BdN-Kulturausschuß« wahrgenommen werden sollte. Eine weitere Änderung wurde auch dahingehend vorgeschlagen, daß die Führungsspitze des BdN durch einen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gestärkt werden

sollte.⁷ Gleichzeitig sollten einige notwendige Justierungen der bestehenden BdN-Satzung vorgenommen werden (z. B. die satzungsmäßige Verankerung des »Sekretariats der deutschen Volksgruppe« in Kopenhagen und die Präzisierung der haushaltsmäßigen Kompetenz des Hauptvorstandes für die gesamte Volksgruppenarbeit). Die von S. Matlok in dieser Sitzung erneut vorgeschlagene Namensänderung der SP in »Nordschleswigsche Partei« begrüßte der Hauptvorstand »in der Intention« zwar grundsätzlich, wollte die Entscheidung darüber der ordentlichen Delegiertenversammlung im Oktober überlassen.⁸ Die nachfolgenden Diskussionen über diese Vorgabe des Hauptvorstandes in den Bezirksvereinen ergaben insgesamt gesehen immer noch kein klares Meinungsbild. Nur in vier Bezirken sprach man sich vorbehaltlos für die vorgeschlagenen Änderungen aus. In den anderen Bezirken wurden teilweise weitere Alternativvorschläge entwickelt, bzw. auch Bedenken geäußert, daß die Zeit zur Diskussion zu kurz sei, um so entscheidende Satzungsänderungen zu beschließen. Die Umbenennung der SP in »Nordschleswigsche Partei« fand kaum Befürwortung. Bedenken wurden vor allem wegen der zu erwartenden Abkürzung (NP bzw. NSP) laut, da man ungute Assoziationen aus der Vergangenheit in der Wählerschaft befürchtete.

Der ordentlichen Delegiertenversammlung des BdN am 21. 10. 1986 in Tingleff lagen schließlich mit zwei Alternativen und je einem Änderungsvorschlag zu jeder Alternative praktisch vier Vorschläge zu einer Satzungsänderung vor, über die zu entscheiden war. In einer längeren, aber in Anbetracht der vier Vorlagen sicher notwendigen Einleitungsrede versuchte der Generalsekretär des BdN, den Delegierten noch einmal den Stand der Diskussionen und die Unterschiede der vier Vorlagen näherzubringen. Er unterstrich abschließend, daß es in keinem der Model-

le um eine Trennung von BdN und SP gehe und, daß es auch künftig nur eine Mitgliedschaft — nämlich im BdN — geben werde. Grundsätzlich gehe es auch nicht um neue Satzungen, sondern um »erforderlich gewordene Justierungen der bestehenden Satzungen, um die Grundvoraussetzungen für eine Verbesserung unserer politischen Arbeit zu schaffen«.⁹

Anschließend ermahnte Chefredakteur S. Matlok die Delegierten in einer von fast dramatischen Akzenten geprägten Rede, daß es »nicht über Personen oder etwa über Sieg oder Niederlage von einzelnen Gruppen, sondern in Wirklichkeit über Sein oder Nichtsein einer politischen Vertretung der Minderheit auch über das Jahr 2000« gehe. An die Adresse der älteren Delegierten ging seine Mahnung, sich in dieser Situation auch »von liebgekommenen Gewohnheiten und Traditionen zu lösen«, wenn die Volksguppe auch in Zukunft eine politische Chance haben solle.

Nach einer langen und sehr lebhaft geführten Debatte über die verschiedenen Modelle begann ein langwieriges Abstimmungsverfahren, das alle Versammlungsteilnehmer auf eine harte Geduldsprobe stellen sollte. Eine halbe Stunde vor Mitternacht hatte keiner der bis dahin zur Abstimmung gelangten Vorschläge die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit erhalten; einige Delegierte verließen bereits die Versammlung. Erste Stimmen wurden laut, die forderten, das ganze Verfahren zu vertagen. Nach einem Antrag zur Geschäftsordnung und einer darauf folgenden erneuten Feststellung der Zahl der stimmberechtigten Delegierten gelang es aber in einem letzten Kraftakt, gegen 23.45 für eines der vorgelegten Modelle die satzungsändernde notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit zu erhalten. Aufgeschoben wurde danach aus verständlichen Gründen dann die Entscheidung über eine eventuelle Namensänderung der Partei im Sinne von Matloks Vorschlag. Der BdN-Hauptvorsitzende erklärte dazu aber abschließend den Delegier-

ten, daß »der Antrag damit aber nicht vom Tisch sei« und »in den kommenden Monaten weiter diskutiert werden« müsse.¹⁰

Auf einen kurzen Nenner gebracht, bedeutet die Tingleffer Entscheidung, daß künftig die SP innerhalb des BdN eine größere Eigenständigkeit bekommen wird. Die SP-Bezirksvereine werden die entscheidenden Träger der täglichen *politischen Arbeit* in ihrem jeweiligen Bereich sein. Politische Entscheidungen müssen danach in den »Bezirksgeneralversammlungen« und der »SP-Hauptversammlung« (einer Art Parteitag) fallen. Auch nach den Satzungsänderungen wird aber die BdN- Delegiertenversammlung oberstes demokratisches Organ der deutschen Volksgruppe bleiben. Dieses wird nicht zuletzt auch in ihrer Kompetenz deutlich, neben dem Hauptvorsitzenden, dem stellvertretenden Hauptvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Kulturausschusses auch den Vorsitzenden des »Schleswigschen Partei« zu wählen.¹¹

Zur Abrundung der neuen Struktur beschloß der BdN-Hauptvorstand am 24. 11. 1986 neue »Mustersatzungen« für die SP-Bezirksvereine.¹² Weiterhin wurde entschieden, die neue Satzung mit Wirkung vom 1. Juni 1987 in Kraft zu setzen. Den Bezirken bleibt somit die Aufgabe, ihre Satzungen zu beraten und zu verabschieden und die notwendigen Wahlen vor Ort durchzuführen.

Kritisch bleibt abschließend zu dem gesamten Verfahren anzumerken, daß gut eineinhalb Jahre nach der Novemberwahl des Jahres 1985 vergangen sein werden, ehe die neue politische Struktur der deutschen Minderheit überhaupt wirksam werden kann. Auch sind schon Stimmen in der Volksgruppe laut geworden, die neben dem Bemühen um die organisatorischen Änderungen die Neufindung einer klaren politischen Linie vermißt haben, denn die von vielen geforderte »neue regionale Linie« ist bisher nirgendwo erkennbar geworden. Rechnet man das kommende

übliche »Sommerloch« in der Politik hinzu, werden mehr als zwei Jahre nach der letzten Wahl vergangen sein, ehe sich die Vertreter der SP überhaupt der Herausforderung nach einem neuen politischen Profil stellen können. Man befindet sich also beinahe wieder in der altbekannten Situation, dem Wähler innerhalb einer relativ kurzen Zeit ein attraktives Programm bieten zu müssen, vor allen Dingen denjenigen, die sich ganz offensichtlich politisch von der Volksgruppe abgewendet haben, deren Stimmen man aber dringend benötigen wird, um den verhängnisvollen Abwärtstrend der letzten Jahre zumindest zu stoppen.

Zu befürchten bleibt auch, daß eine erneute Diskussion über eine Namensänderung der Schleswigschen Partei weitere Zeit und Kraft in Anspruch nehmen wird, die man sicher sinnvoller im politisch-programmatischen Bereich nutzen sollte. Fast drängt sich hier dem kritischen Betrachter das Bild aus H. C. Andersens Märchen von des Kaisers neuen Kleidern auf, wenn man an S. Matloks Forderung denkt, »der alten Dame SP ein neues Kleid zu verpassen«. Es bleibt in diesem Sinne nur zu hoffen, daß man sich in der SP auf Wesentlicheres konzentriert, damit der Wähler 1989 nicht etwa feststellen muß — wie das Kind im Andersen'schen Märchen — »Sie hat ja nichts an!« In diesem Zusammenhang sei auch auf kritische Stimmen aus dem dänischen Lager in Nordschleswig hingewiesen, die wiederholt verdeutlicht haben, daß ein Bedarf an einer »nordschleswigschen Regionalpartei« nicht vorhanden sei, da es hier schon genügend dänische Parteien gebe, die sich auch regionaler Fragen annähmen. Es muß unseres Erachtens auch als Illusion bezeichnet werden, daß für dänische Wähler eine Regionalpartei, wenn auch mit neuem Namen, wählbarer wäre, solange sie die deutschen Elemente in ihrer Programmatik betont bzw. betonen muß. Aus historischer Sicht sei zudem angemerkt, daß die »Schleswigsche Partei« die erste Par-

tei in Dänemark wäre, die seit 1915 ihren traditionellen Parteinamen ändern würde.¹³

Fraglich bleibt für die Zukunft auch, ob sich alle Mitglieder des BdN auch automatisch als »Parteimitglieder« der SP auffassen werden. (Ein ursprünglich diskutierter Vorschlag, eine eindeutige Willenserklärung für eine Parteimitgliedschaft von den Angehörigen des BdN zu fordern, ist leider nicht in den veränderten Satzungen realisiert worden. Anm. d. Verf.) Einzelne ablehnende Stimmen gegen eine automatische Mitgliedschaft in der SP liegen bereits vor und sollten die Verantwortlichen zur Vorsicht mahnen, wenn nicht erneute Konflikte innerhalb der Volksgruppe erwachsen sollen.

Schwere Zeiten liegen vor der politischen Organisation der deutschen Volksgruppe, so daß den Gremien der SP, des BdN und dem neuen hauptamtlichen politischen Mitarbeiter des deutschen Generalsekretariats, der zum 1. Mai seine Arbeit aufnehmen wird, noch ein gerüttelt Maß an Arbeit bevorsteht, um die anstehenden und kommenden Aufgaben zu meistern.

ANMERKUNGEN:

1. Sendung: »Der Kommentar« am 21. 11. 1985. NDR I, Welle Nord, Landesprogramm Schleswig-Holstein, Studio Flensburg (Bandmitschnitt).
2. »Der Nordschleswiger«, Leitartikel vom 30. 11. 1985.
3. vgl. »Der Nordschleswiger« vom 12. 1. 1986
4. »Flensburger Tageblatt« vom 9. 4. 1986.
5. »Der Nordschleswiger« vom 16. 5. 1986.
6. d. h. Mandatsträger der SP in Amt und Kommunen und andere.
7. SP-Vorsitzender und der Vorsitzende des Kulturausschusses sollten danach kraft Amtes stellvertretende Hauptvorsitzende des BdN werden. Beide sollten durch die Delegierten Versammlung gewählt werden.

8. vgl. »Der Nordschleswiger« vom 24. 9. 1986.
9. Redemanuskript des BdN-Generalsekretärs (Akten des deutschen Generalsekretariats, Apenrade).
10. vgl. »Der Nordschleswiger« vom 23. 10. 1986.
11. vgl. die neuen §§ der Satzung des BdN vom 21. 10. 1986 im folgenden Anhang.
12. vgl. »Mustersatzungen« der SP-Bezirksvereine im Anhang.
13. 1915 änderte die konservative »Hojre« (die Rechte) ihren Parteinamen in »Det konservative Folkeparti« (die konservative Volkspartei).

*

Auszüge aus der Satzung des BdN
in der Fassung vom 21. 10. 1986
DIE DELEGIERTENVERSAMLUNG

§ 8

Die Delegiertenversammlung ist das oberste Organ des Bundes deutscher Nordschleswige und der Schleswigschen Partei. Sie entscheidet in allen Grundsatzfragen und kann den Hauptvorstand Aufgaben zuweisen. Sie wählt

1. den Hauptvorsitzenden
2. den stellvertretenden Hauptvorsitzenden
3. den Vorsitzenden der Schleswigschen Partei
4. den Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Unterhaltung
5. die Kandidaten der Schleswigschen Partei zur Folketingswahl
6. die Kandidaten der Schleswigschen Partei zur Amtsratswahl
7. die Mitglieder der Ausschüsse für die Volksgruppe in Kiel und Kopenhagen

Der Wahlmodus wird in der Geschäftsordnung festgelegt.

Der ordentlichen Delegiertenversammlung sind Tätigkeits- und Finanzbericht des Bunde deutscher Nordschleswiger bis zum 1. Juni jeden Jahres vorzulegen. Die Delegiertenversammlung ist beschlußfähig ungeachtet der Anzahl der erschienenen Delegierten.

DIE SCHLESWIGSCHE PARTEI

§ 18

Die Wahrnehmung der parteipolitischen Interessen der deutschen Volksgruppe obliegt der Schleswigschen Partei. Der Hauptversammlung der Schleswigschen Partei gehören an:

1. der von der Delegiertenversammlung gewählte Vorsitzende
2. die Mitglieder des Vorstandes der Schleswigschen Partei
3. die Bezirksvorsitzenden des Bundes und deren Stellvertreter
4. die Kandidaten der Schleswigschen Partei zur Folketingswahl
5. die Kandidaten der Schleswigschen Partei zur Amtratswahl
6. die Kandidaten der Schleswigschen Partei zur Kommunalwahl
7. Mitglieder, die als Kommunalvertreter über Wählergemeinschaften gewählt worden sind
8. die Vorstandsmitglieder der politischen Jugendorganisation der Schleswigschen Partei

§ 19

Die Schleswigsche Partei wird von einem Vorstand geleitet. Ihm gehören an:

1. der Vorsitzende der Schleswigschen Partei
2. der Sprecher der Schleswigschen Partei im Amtratsrat
3. die Bezirksvorsitzenden oder deren Stellvertreter
4. 2 Vertreter der Kommunalvertreter der Schleswigschen Partei
5. 3 Mitglieder, die von der Hauptversammlung gewählt werden
6. die Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse der Schleswigschen Partei
7. der Vorsitzende der politischen Jugendorganisation der Schleswigschen Partei
8. der Leiter des Kopenhagener Sekretariats
9. der amtierende Chefredakteur des »Nordschleswigers« oder Vertreter
10. der Generalsekretär oder Vertreter

Die unter Punkt 9.-10. genannten Mitglieder haben kein Stimmrecht.

Zur Wahrnehmung der laufenden Aufgaben der Schleswigschen Partei wird ein geschäftsführender Vorstand gebildet. Ihm gehören an:

1. der Vorsitzende der Schleswigschen Partei
2. der Sprecher der Schleswigschen Partei im Amtsrat
3. 3 Mitglieder, die vom Vorstand aus seiner Mitte gewählt werden
4. der Leiter des Kopenhagener Sekretariats
5. der amtierende Chefredakteur des »Nordschleswigers« oder Vertreter
6. der Generalsekretär oder Vertreter

Die unter Punkt 5.-6. genannten Mitglieder haben kein Stimmrecht.

§ 20

Die Hauptversammlung der Schleswigschen Partei wählt folgende ständige Ausschüsse:

1. den Ausschuß für Finanz- und Wirtschaftspolitik
2. den Ausschuß für Soziales und Gesundheit
3. den Ausschuß für Technik, Raumordnung und Stadtplanung
4. den Ausschuß für Unterricht, Kultur und Freizeit
5. den Wahlausschuß

Die Ausschüsse wählen selbst ihre Vorsitzenden und deren Stellvertreter. Der Vorstand kann weitere Ausschüsse und Kommissionen für bestimmte Aufgaben bilden.

Der amtierende Vorsitzende der Schleswigschen Partei vertritt diese nach den Richtlinien und Beschlüssen der Delegiertenversammlung des Bundes, der Vollversammlung und des Vorstar des der Schleswigschen Partei.

DAS SEKRETARIAT DER VOLKSGRUPPE IN KOPENHAGEN

§ 23

Das Sekretariat der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen nimmt im Auftrag der kompetenten Gremien die Interessen der Volksgruppe gegenüber dem Folketing und Regierung sowie der Zentraladministration in Kopenhagen wahr.

Der Leiter des Sekretariats wird vom Hauptvorstand gewählt und ist ihm unterstellt.

*

Mustersatzung für die BdN-Bezirksvereine
in der Fassung vom 24. 11. 1986

§ 1

Der Name des Vereins ist »Bezirksverein _____

Sein Wirkungsbereich ist die Kommune. _____

Der Bezirksverein ist Träger der Schleswigschen Partei in der Kommune.

Mitglieder des Bezirksvereins sind alle Mitglieder der BdN-Ortsvereine des Bezirks.

Alle deutschen Vereine des Bezirks können sich dem Bezirksverein korporativ anschließen

§ 2

Ziel und Zweck des Bezirksvereins ist es,

— die Interessen der Schleswigschen Partei in der Kommune _____
wahrzunehmen

— die Arbeit der BdN-Ortsvereine und der korporativ angeschlossenen
Vereine zu fördern

— zur Koordinierung der gesamten deutschen Arbeit im Bezirk beizutragen.

§ 3

Die Organe des Bezirksvereins sind

— die Bezirksgeneralversammlung

— der Vorstand (evtl. Geschäftsausschuß)

— der Bezirksvorsitzende und sein Stellvertreter.

§4

Die Bezirksgeneralversammlung ist das oberste Organ des Bezirksvereins. Die ordentliche Bezirksgeneralversammlung findet einmal jährlich im 1. Quartal des Jahre statt.

Stimmrecht in der Bezirksgeneralversammlung haben alle Mitglieder sowie je ein Vertreter der korporativ angeschlossenen Vereine.

Die Bezirksversammlung wählt

- den Bezirksvorsitzenden
- den stellv. Bezirksvorsitzenden
- _____ weitere Vorstandsmitglieder.

Die Wahlperiode ist 3 Jahre.

Die Einladung zur Generalversammlung erfolgt entweder schriftlich an die Mitglieder oder durch eine Anzeige in der deutschen Tageszeitung unter Angabe der Tagesordnung.

§ 5

Der Vorstand leitet den Verein und besteht aus

- dem Bezirksvorsitzenden
- dem stellv. Bezirksvorsitzenden
- den Kommunalvertretern der SP
- den von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern. Der Vorstand verabschiedet eine Geschäftsordnung.

§ 6

Der Bezirksvorsitzende (oder sein Stellvertreter) vertritt

- den Bezirksverein im BdN Hauptvorstand
- die Schleswigsche Partei in der Kommune _____
- den Bezirksverein im Vorstand der Schleswigschen Partei.

Der Bezirksvorsitzende (oder sein Stellvertreter) ist für die Abrechnung evtl. Zuwendungen für die Vereinsarbeit verantwortlich.

Zuwendungen vom Deutschen Generalsekretariat unterliegen den Haushaltsrichtlinien des Deutschen Generalsekretariats.

§ 7

Die Bezirksgeneralversammlung beschließt mit ²A Mehrheit über Satzungsänderungen.

§ 8

Eine Auflösung der Bezirksvereins kann nur erfolgen, wenn das auf zwei mit höchstens 14tägigem Abstand aufeinanderfolgenden Generalversammlungen mit ²A Mehrheit beschlossen wird.

Im Falle einer Auflösung fällt ein evtl. Vermögen des Bezirksvereins dem Bund deutscher Nordschleswiger (Hauptverein) zu.

§ 9

Diese Satzung ist der Satzung des Bundes deutscher Nordschleswiger nachgeordnet.

Anneliese Raabke — ein Emigrantenschicksal

*Exil in Skandinavien**

»Immer fand ich den Namen falsch, den man uns gab: Emigranten.

Das heißt doch Auswanderer. Aber wir Wanderten doch nicht aus, nach freiem Entschluß Wählend ein anderes Land. Wanderten wir doch auch nicht Ein in ein Land, dort zu bleiben, womöglich für immer.

Sondern wir flohen. Vertriebene sind wir, Verbannte. Und kein Heim, ein Exil soll das Land sein, das uns da Aufnahme.

Unruhig sitzen wir so, möglichst nahe den Grenzen Wartend des Tags der Rückkehr, . .

.«¹

(Bertolt Brecht)

»Ich kann diese Schicksalsgemeinschaft nicht verlassen, wenn es mir persönlich gefährlich erscheint, und ihr wieder beitreten, wenn das Risiko vorüber ist.«²

(Kai-Uwe v. Hassel)

*Überarbeiteter Auszug aus dem ersten Teil unseres Beitrages: *Exil in Skandinavien — zwei Lebensberichte. Anneliese Raabke und Martin Krebs*. In: *Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein*. Bd. 1, S. 237-290. Siehe auch die Rezension von Jens Jacobsen im Besprechungsteil dieses Grenzfriedensheftes.

1. Erkenntnisinteressen und Methode

Unser ursprüngliches Interesse war lokalhistorisch, bestenfalls regionalhistorisch begrenzt gewesen. Es hatte dem 1971 verstorbenen, langjährigen früheren Bürgervorsteher der Stadt Eckernförde gegolten: Martin Krebs. Krebs war 1946 aus dem schwedischen Exil nach Eckernförde gekommen. Dort hatte er, so brachten wir in Erfahrung, eine wichtige Rolle in der Gruppe emigrierter Gewerkschafter und Sozialdemokraten gespielt. Für uns begann eine insgesamt etwa zwei Jahre dauernde Spurensuche — mal mehr und mal weniger intensiv und erfolgreich — wie das bei berufstätigen Menschen so ist. Dabei lernten wir Anneliese Raabke kennen, die aus eigenem Erleben berichten konnte.

Wichtig wurde uns die Sache, als wir merkten, daß wir über unsere Neugier an ein wirklich interessantes Thema geraten waren, die sozialdemokratische Emigration in Schweden während der Zeit des Nationalsozialismus. Grundlegende Forschungsergebnisse zu diesem Thema hat FTelmut Müssener bereits 1974 in seinem Buch »Exil in Schweden — Politische und kulturelle Emigration nach 1933«³ veröffentlicht. Diese umfassende Gesamtdarstellung fordert detaillierte Untersuchungen heraus. Es gibt leider nur wenige Arbeiten hierzu.⁴ Entsprechendes gilt für das Exil in Dänemark.⁵

Worin lag nun unser Interesse? Nichts könnte auf die Antwort dieser Frage besser hinweisen als die diesem Aufsatz vorangestellten Zitate. Es ging uns nicht darum, in »*einer Art familiengeschichtlichen Größenwahn*«⁶ lediglich die Lebensgeschichte zweier Menschen, Anneliese Raabke und Martin Krebs, aufzuzeichnen. Dies hätte eine Veröffentlichung kaum gerechtfertigt. Bei den Gesprächen und den Briefwechseln mit Zeitzeugen, u. a. auch einigen anderen Emigranten, über Anneliese Raabke und Martin Krebs wurde uns deutlich, daß vieles in ihren Erfahrungen und

ihren Lebensläufen »typisches Emigrantenschicksal« ist, wie Anneliese Raabke häufig sagt. Wir waren bei unseren Nachforschungen an den Umständen interessiert, die diese Menschen zur Flucht aus dem nationalsozialistischen Deutschland zwang, an ihren Erfahrungen und Lebensumständen im Exil und schließlich an der Zeit nach dem Krieg.

Besonders wichtig wurde uns im Verlauf der Arbeit die Beschäftigung mit den Fragen:

Was läßt sich über die Beziehung der aus Deutschland ins Exil Vertriebenen zum Nachkriegsdeutschland sagen, und wie ist dieses Nachkriegsdeutschland mit ihnen umgegangen? Waren sie willkommen? Versuchte man, sich ihrer Erfahrungen und ihrer demokratischen Gesinnung zu bedienen?

Kai-Uwe von Hassels auf Willy Brandt gemünzte Äußerungen auf dem Landesparteitag der CDU in Heide 1960, man könne »*diese Schicksalsgemeinschaft nicht verlassen, wenn es persönlich gefährlich*« erscheine, »*und ihr wieder beitreten, wenn das Risiko vorüber*« sei, drückte keineswegs die Meinung eines Einzelnen aus. Wir wissen dies aus den Wahlkämpfen der sechziger Jahre bis über die Bundestagswahl 1972 hinaus.

Betroffen macht das Ausmaß der Verdrängung, die Kontinuität der Wertvorstellungen. Die »Stunde Null« entlarvt sich hier als Mythos. Der Versuch, die Emigration als politisch unzuverlässig, die Emigranten als Vaterlandsverräter zu diskreditieren, hatte und hat in der Bundesrepublik bis in unsere Tage hinein Erfolg. Die Position der so Angegriffenen war schwierig, wurde doch häufig nur mit Andeutungen gearbeitet, die es den Beschuldigten schwer machte, dagegen anzugehen, und die sie dazu zwangen, ihre Integrität wieder und wieder nachzuweisen. Welche psychischen Belastungen und Verletzungen vor allem politisch tätige ehemalige Emigranten im nachnationalsozialistischen Deutschland erfuhren, kann

ahnen, wer sich Martin Krebs' Kandidatenbrief zur Bundestagswahl 1957 genauer ansieht und als eine Reaktion auf diese Erfahrungen versteht. In seiner persönlichen Vorstellung erwähnt er seine immerhin zehn Jahre dauernde Zeit im Exil nur in einem einzigen Satz:

»Ich bin froh, daß ich meine landwirtschaftlichen Kenntnisse, die ich im Ausland durch monatelange Arbeit auf schwedischen Höfen erweitert habe, auch in Schleswig-Holstein verwerten konnte, wo ich seit elf Jahren lebe und wirke.«⁷

Willy Brandt schrieb zu seiner Person 1961 im »Amtlichen Handbuch des Bundestages«:

»Abitur am Johanneum in Lübeck. Historisches Studium in Oslo. 1933-1945 journalistische und politische Betätigung in Skandinavien . . .«⁸

In seinem Buch »Links und frei« kommentiert Brandt die damaligen Erfahrungen. Die folgenden Sätze können auch als Antwort auf von Hassels Angriffe gewertet werden:

»Ich weiß heute, daß ich mich zu oft und zu lange bei diesen infamen und absurden Beschuldigungen auf gehalten habe und mir dadurch Kraft für Wichtigeres nehmen ließ. Ich hätte meine Feinde entschiedener auf das Wesentliche hinweisen sollen: Mein Lebensweg wick in der Tat von dem der meisten meiner Landsleute erheblich ab. Das war nicht deren Schuld, doch auch nicht meine Schande. Ich wollte als junger Mann mit dem deutschen Staat, der rechts und menschenfeindlich war, nichts zu tun haben. Ich kehrte in mein Land zurück, als es, aus tausend Wunden blutend, die Chance einer neuen rechtlichen und menschlichen Existenz erhielt. Denen, die eine Pflicht zur nationalen Solidarität auch dann für selbstverständlich hielten, wenn das eigene Land in die Hände verbrecherischer Machthaber gefallen ist, konnte ich nicht gerecht werden; ich habe es als einen Vorzug, auch als ein Vorrecht be-

*trachtet, nicht mit dem Verderben paktieren zu müssen.*⁹ Der Bericht über das Exil Anneliese Raabkes, eine autobiographische Skizze als das Ergebnis mehrerer Gespräche mit ihr, wurde mit den Methoden, der sich, die oral history“ (d. h. die mündlich überlieferte Geschichte) bedient, erarbeitet. Die Interviews wurden in Zusammenarbeit mit Anneliese Raabke überarbeitet, wobei jedoch auf Authentizität geachtet wurde. Bei Höhepunkten der Schilderung haben wir auf verbindende Sätze verzichtet. Soweit Anneliese Raabkes Aussagen durch Aussagen anderer Emigranten oder durch Dokumente überprüfbar waren, wurden sie überprüft. Abgesehen davon, daß ihr Lebenslauf in vielem beispielhaft ist, ist der Beitrag gerade auch wegen seiner Subjektivität wichtig.

Wer sich ein wenig mit der Geschichte der Emigration beschäftigt hat, weiß, wie unterschiedlich Menschen in der extremen Situation des Exils reagieren. Unermüdliches und aufopferungsvolles Engagement für große Ziele und kleinliches, allzusehr im Persönlichen verhaftetes Gezänk finden sich oft dicht beieinander. Letztgenanntes sollte zumindest angedeutet werden. Eine Glorifizierung der deutschen sozialdemokratischen Emigration in Schweden wäre angesichts dieser Tatsache völlig fehl am Platze. Der Person jedoch, deren Leben wir im folgenden wiedergeben, sind wir mit Sympathie begegnet. Etwas davon möchten wir an die Leser weitervermitteln, um so ein weitergehendes Interesse zu wecken.

2. Anneliese Raabke — Jugend und Eheschließung

Am 15. November 1909 wird Anneliese Raabke als jüngstes von vier Geschwistern geboren. Die Familie wohnt nahe am Kieler Südfriedhof in der Hasselmannstraße an der Ecke Harmsstraße. Beide Eltern sind Sozialdemokraten. Der Vater, Otto Grigoleit, ist als gelernter Former im Formerverband, der später im Metallarbeiterverband aufgeht, gewerkschaftlich engagiert.

Anneliese Raabkes Erinnerungen gehen zurück bis in die Notzeiten des Ersten Weltkrieges. Bilder von den Geschehnissen der Novemberrevolution 1918 und des Kapp-Putsches im März 1920 in Kiel stehen ihr noch deutlich vor Augen. Zum frühestmöglichen Zeitpunkt — mit neun Jahren — schließt sie sich der Arbeiterturnbewegung (»Freie Turnerschaft an der Kieler Förde«) an. Mit 13 Jahren beginnt sie, sich aktiv in der Gymnastikabteilung zu engagieren.

Bis 1924 besuchte sie die achtklassige Volksschule, anschließend für jeweils ein Jahr die Haushaltsschule und die Handelsschule. Auf die Schule folgt eine zweijährige Lehrzeit bei der »Kieler Pflanzenbutterfabrik« (später: »Margarinefabrik Harder«) in der Muhliusstraße. Im Anschluß daran findet sie für weitere drei Jahre Arbeit im Kontor der »DEROP« (Deutsche Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte). Die DEROP hat ihre Hauptstelle in Berlin mit einer Zweigstelle in Hamburg. In Kiel gibt es nur ein kleines Büro; Anneliese Raabke ist dort die einzige Beschäftigte und arbeitet für mehrere Vertreter, die im Außendienst tätig sind.

In diese Zeit fällt der Beginn ihrer Beziehung zu Walter Raabke. Walter Raabke stammt ebenfalls aus der sozialistischen Turnerbewegung und ist zudem in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) aktiv.

1929 beginnt die große Weltwirtschaftskrise. Walter Raabke, geb. 1906, teilt als gelernter Modelltischler bald das Schicksal vieler seiner Altersgenossen. Er wird arbeitslos und alsbald auch aus der Arbeitslosenversicherung »ausgesteuert«, d. h., er verliert jede Unterstützung.

Eine Chance eröffnet sich, als Anneliese Raabke über einen der DEROP-Vertreter zufällig erfährt, daß beim Golfclub in Kitzeberg eine Verwalterstelle neu zu besetzen ist.

»Am nächsten Sonntag sind Walter und ich hingefahren und ha-

ben uns vorgestellt. Eine Woche später hat man uns Bescheid gegeben: ‚Ja, ihr könnt anfangen. Aber dann müßt ihr heiraten, nicht wahr :‘ Walter zögerte noch etwas, und dann habe ich gesagt: ‚Du, ich mache Dir einen Heiratsantrag.‘ Dann haben wir sehr schnell geheiratet, am 13. Juni 1931, und am 15. haben wir dann in Kitzberg angefangen.« *Nun ist der Golfplatz zweifellos ein ungewohntes soziales Umfeld, und klar ist auch, daß man sich hier nur schwer politisch exponieren kann. Anneliese Raabke:* »Aber das war für uns doch ziemlich schwer. Im Dorf, in Heikendorf, ist dann natürlich doch politisch diskutiert worden. Und zum Herbst 1932 hat man uns dann gekündigt. Man hat es ein bißchen bemäntelt und gesagt, daß der Golfclub zum Winter geschlossen würde. Nun fing für uns das große Elend an. Ich hatte zwar noch Anrecht auf Arbeitslosenversicherung, aber Walter war schon ausgesteuert.« *Walter und Anneliese Raabke ziehen zu seinen Eltern nach Kiel-Ellerbek, die vom Ellerbeker Bauverein ein kleines Siedlungshaus haben.*

3. Unter der nationalsozialistischen Herrschaft

Anneliese Raabke erinnert sich, daß sie in den Jahren vor 1933 häufig Gast im Kieler Gewerkschaftshaus waren: Das Gewerkschaftshaus war schon immer ein beliebter Treffpunkt für alle gewesen, die sich der Arbeiterbewegung zugehörig fühlen. Dort geht man hin, wenn man politisch diskutieren oder ganz einfach mit Freunden oder Bekannten Zusammensein will. Anneliese Raabke ist auch dort, als am 12. März 1933, am Sonntag der Kommunalwahl, das Gewerkschaftshaus von der SA besetzt wird: »Wilhelm Spiegel, der Fraktionsvorsitzende der Kieler SPD-Rathsherrenfraktion, war in der Nacht zuvor von den Nazis in seiner Wohnung ermordet worden. Es war Unruhe in der Stadt, und man mußte ja sehen, was die SA machte. Wir haben immer

versucht, dies zu beobachten und uns ein Bild zu machen. Abends im Restaurant des Gewerkschaftshauses waren unser Onkel Wilhelm Schweizer und seine Frau auch dort. Schweizer war als hauptamtlicher Stadtrat für die SPD im Kieler Magistrat; seine Frau und Walters Mutter waren Schwestern. Also, auf einmal gab es Unruhe im Gewerkschaftshaus, und SA kam herein. Plötzlich hieß es, Wilhelm Schweizers Wohnung sei aufgebrochen und verwüstet worden. Wir also hin; die Wohnung war in der Schillerstraße. Es stimmte. Schweizer ging in die Wohnung hinein, das Telefon war abgeschnitten. Kein Kontakt möglich. Wir sind wieder hinausgegangen, bis zur Synagoge. Die lag neben dem Parksanatorium am Schrevenpark. Dort kamen SA- und SS-Leute und haben uns zusammengetrieben. An diesem Abend sind auch Kalli Ratz und Willi Verdieck und mehrere andere im Gewerkschaftshaus zusammengetrieben und im Rathaus eingesperrt worden. Sieben oder acht Mann sind in der Nacht dann von dort in die 'Blume', ins Polizeipräsidium in der Gartenstraße/Ecke Blumenstraße, gebracht worden. Und dort haben Walter, unsere Tante und ich Wilhelm Schweizer besucht. Er hatte dicke blaue

Augen, das ganze Gesicht war zerschlagen. Es war schlimm. Einige Tage später kamen alle in die Faeschstraße ins Untersuchungsgefängnis. Da gab es noch einige Leute von uns, Genossen, die als Polizisten dort Wache hatten, auch auf der Abteilung, wo die politischen Gefangenen saßen. Und so bin ich auch dort bei Schweizer in einer Zelle gewesen. Abends um neun bin ich hingegangen. Ein befreundeter Polizist hatte Wache und ließ mich hinein. Die Zellen waren in der ersten Etage. Es waren immer vier Mann in der Zelle. Dann habe ich mich mit Schweizer unterhalten. Ich bin später nicht mehr in der Zelle gewesen. Aber wir haben jeden Tag Kaffee zum Gefängnis gebracht. Den haben wir unten

bei den Wachleuten abgegeben, und am nächsten Tag haben wir die leere Thermosflasche wieder mitgenommen. Das ging bis etwa Ende Juni, bis die Gefangenen nach Lichtenburg kamen. ‚Schutzhaft‘ hieß es damals noch.«

Als Anneliese und Walter Raabke Ende 1932 nach Ellerbek gezogen sind, schließen sie sich mit einer Reihe etwa Gleichaltriger, die sich alle aus der Gewerkschaftsjugend oder aus der Sozialistischen Arbeiterjugend und dem Arbeitersport kennen, zu einem Tischtennisclub zusammen, der sich einmal in der Woche in der Ellerbeker Gaststätte »Lucienlust« trifft. Nach dem offiziellen Verbot der verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung, nach der »Machtübernahme« der Nazis, übernimmt dieser Tischtennisclub bald die Funktion eines getarnten politischen Clubs. Regelmäßig treffen sich etwa 12-15 jüngere Männer und Frauen. Die Diskussionen drehen sich um das aktuelle politische Geschehen, über die Aktionen der Nazis und möglichen Gegenaktionen, über die zu erwartende weitere Entwicklung und die Perspektive ihres Widerstands. Es werden illegal Flugblätter verteilt und zwar selbst erstellte und auch solche, die man aus anderen Quellen bezieht, denn: *»In Kiele funktioniert damals ja noch so allerlei.«* Es ist schwer, diese Dinge im einzelnen zu rekonstruieren. Es galt allgemeine Schweigepflicht, und auch in einer Gruppe, die strukturiert war wie dieser Tischtennisclub, wurde über »Überflüssiges« nicht geredet, um sich und andere nicht unnötig zu gefährden. Anneliese Raabke berichtet, daß ihr Mann oft nachts nicht zu Hause war, weil er »andere Aufgaben« hatte. *»Aber da fragte man nicht nach. Das ging nicht. Da hätte man ja viel kaputt machen können.«*

Es geht auch nicht lange gut. Im Juni 1933, zur gleichen Zeit, als die am 12. März inhaftierten Gewerkschafter und Sozialdemokraten aus dem Untersuchungsgefängnis in Kiel nach Lichtenburg

geschaffen werden, geschieht es:

»Plötzlich ging in unserer Kneipe, Lucienlust, die Tür auf. Mindestens 20 SA-Leute kamen herein und schrien: „Händehoch!“ und „Stillstehen!“ Einer unserer Jungens sagte: „Was ist denn los?“ Der kriegte gleich eine Ohrfeige. Uns Frauen haben sie an die Seite geschoben: „Ihr bleibt hier!“ Die Jungens mußten die Hände hinter den Kopf legen, und dann ist die SA mit ihnen abgezogen. Wir haben an dem Abend nichts mehr erfahren. Als wir fragten, hieß es bloß: „Macht, daß ihr nach Hause kommt.“ Aber am nächsten Tag bin ich ins Polizeipräsidium in die „Blume“ gegangen. Ich bin einfach rauf gegangen zur Geheimen Staatspolizei: die kannte ich ja schon wegen meines Onkels Wilhelm Schweizer. Da sagte ein SA-Mann: „Ach, wir kennen uns ja schon.“ Und ich sagte: „Ja“. Ich habe gezittert, aber das sieht man ja nicht. Da sagte ich: „Ich wollte mal hören, ob mein Mann jetzt hier ist.“ „Ja, ja, der ist hier.“ Und ich: „Ich möchte ihn sprechen!“ — „Ja, das wissen wir nicht, ob das geht.“ — „Ich muß ihn aber sprechen. Ich muß sehen, was sie gestern abend mit ihm gemacht haben.“ Eine halbe Stunde später haben die Gefangenen dann ihren Rundgang auf dem Hof gemacht, und da habe ich Walter dann gesprochen und er hat mir erzählt: „Also, dort hinter Lucienlust war so ein freies Feld, und dorthin haben sie sie getrieben. Unsere Jungs, das waren sechs oder sieben Mann; und die SA-Leute waren in der Übermacht, vierzig oder fünfzig Leute.“ Das ist fast nicht zu ertragen für einen Menschen, vor allen Dingen nicht zu vergessen. Da hat man sie gezwungen, die Hose runterzulassen. Und dann hat man sie geprügelt mit Peitschen. Ich habe die Narben gesehen. Die waren noch da, als Walter nach ca. zwei Wochen nach Hause kam. Das war einfach grausig. Und dann hat man die Männer in diesem Zustand in derselben Nacht noch von Ellerbek zu Fuß durch die Stadt zur „Blume“ marschieren lassen.«

Die Anschuldigung lautet auf Widerstand gegen die Staatsgewalt sowie illegale Arbeit und verbotene politische Diskussionen. Aber das ist nur ein Vorwand, kein konkreter Vorwurf. Die spätere Entlassung geschieht mit der Auflage, sich jeden Vormittag bei der Polizei zu melden. Anneliese Raabke:

»Walter war arbeitslos. Aber wenn er irgendwo beschäftigt gewesen wäre, wäre ihnen das auch egal gewesen.«

Im Juli 1933 bekommt Walter Raabke eine Warnung, daß es Zeit sei, besser zu verschwinden. Die Flucht mit einem Fischerboot nach Dänemark kann er über private Kontakte arrangieren. Anneliese Raabke berichtet:

»Ich wußte nur, daß Walter unterwegs war. Ich hatte noch keine Nachricht und bin dann wieder zur Ellerbeker Polizei gegangen. Gleich nachdem Walter verschwunden war, war die Polizei zunächst bei mir gewesen, und ich hatte auf ihre Frage geantwortet: „Nein, ich weiß nicht, wo er ist. Er ist heute nacht nicht nach Hause gekommen.“ Und dann hat man gesagt, ich sollte Bescheid sagen, wenn ich etwas wüßte. Also bin ich zwei Tage später zur Polizei gegangen und habe den Spieß einfach umgedreht und gefragt. — Wahrscheinlich ist er ja auf der Flucht nach Dänemark“, hieß es. Ich sagte: „Ich weiß es nicht.“ Und dann hat mir einer der Polizeibeamten auf die Schulter geklopft: „Wenn wir etwas wissen, sagen wir Ihnen sofort Bescheid.“ Es gab ja noch einige zuverlässige Leute bei der Polizei, aber da fragte man nicht so genau nach. Später habe ich dann auf anderem Wege die Nachricht von Walters geglückter Flucht bekommen. Aber das ging immer nur über meine Eltern, und alle Briefe waren geöffnet und zensiert worden.«

Walter Raabke hat im Jahre 1928 einen Kursus auf der Heimvolkshochschule in Harrisleefeld bei Flensburg besucht. Von dort haben sie eine Reise nach Kopenhagen gemacht und sind bei dänischen Genossen untergebracht gewesen. Mit dieser Familie

nimmt Walter als erstes Kontakt auf; die Freundschaft mit dieser Familie soll sich auch später noch bewähren.

Das Hilfskomitee der dänischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften für die Verfolgten des faschistischen und nationalsozialistischen Terrors, das »Matteotti-Komitee«, wird im Sommer 1933 bereits von dem ebenfalls geflüchteten früheren schleswig-holsteinischen Reichsbannersekretär, dem Kieler Richard Hansen, geleitet, so daß Anerkennung und Unterstützung durch das Komitee für Walter Raabke keine Probleme bereiten. Die Familien Raabke und Hansen waren auch später noch gut miteinander bekannt; insbesondere Anneliese Raabke und Lisa Hansen waren miteinander befreundet.

Vorerst ist Walter Raabke auf die Unterstützung durch das Matteotti-Komitee dringend angewiesen. Denn wegen der auch in Dänemark herrschenden Arbeitslosigkeit ist den Emigranten die Arbeitsaufnahme in der Regel untersagt.

Anneliese Raabke bleibt einstweilen in Kiel. Sie findet wieder Arbeit im Kontor der Margarinefabrik Harder, in der sie einst gelernt hat.

»Es waren Baptisten und keine Nazis. Die wesentlichen Leute wußten ungefähr Bescheid und haben mir Arbeit gegeben. Auf tägliche Kündigung zwar, aber ich hatte Arbeit.«

1934 hat Anneliese Raabke erstmals Gelegenheit, ihren Mann in Kopenhagen zu besuchen.

»Das war mit dem KDF-Dampfer, der von Kiel nach Kopenhagen fuhr. Es war aber nur ein Zwei-Tage-Ausflug. Nur mal eben hin und zurück.«

Dazu reicht damals der sogenannte »Zehnpfennigpaß«, eine Art Tagespässerschein, der vor dem Krieg gegen das geringe Entgelt von zehn Pfennigen und ohne bürokratischen Aufwand im »kleinen Grenzverkehr« Tagesausflüge in das benachbarte Dänemark

ermöglicht — für weniger prominente Verfolgte (deren Gesicht nicht allzu bekannt sein darf) ein Schlupfloch zur Ausreise.

Im Sommer 1935 bekommt Walter Raabke die offizielle Arbeitserlaubnis. Er arbeitet in einer kleinen Pianofabrik. Er stellte Pianotasten her. Als gelerntem Modelltischler fällt ihm das nicht schwer.

»Es war eine richtige, Quetsche', eine ganz elende Bude. Aber Hauptsache: Er hatte Arbeit!«

4. Exil in Dänemark

Endlich im September 1935 kann Anneliese Raabke nun ebenfalls nach Kopenhagen emigrieren. Sie hat noch ihren Paß und kann somit legal ausreisen.

»Ich war damals ja nicht direkt verfolgt und hätte somit Schwierigkeiten mit der Anerkennung und Unterstützung durch das Matteotti-Komitee gehabt. Nachdem Walter Arbeit bekommen hatte, war es leichter. Es passierte dann tatsächlich, daß Walter nach einem halben Jahr wieder arbeitslos wurde. Da hat mich dann das Matteotti-Komitee endgültig anerkannt.«

Walter Raabkes Arbeitslosigkeit dauert glücklicherweise nicht allzulange. Für den Rest seines Exils in Dänemark findet er Beschäftigung in seinem Beruf als Modelltischler bei der Kopenhagener Großwerft »Burmester & Wain«.

Die Aufnahme in die Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Dänemark geschieht problemlos. Die Genossen und Kollegen sind gastfreundlich und aufgeschlossen. Schon bei ihrem früheren Besuch in Kopenhagen, 1934 zu Weihnachten, hat Anneliese Raabke an einer vom Matteotti-Komitee ausgerichteten Feier teilgenommen. Ein unvergeßliches Erlebnis: Zu den Gastgebern gehört Torvald Stauning, der betagte Vorsitzende der dänischen Sozialdemokratie und amtierende Staatsminister (Premierminister).

Walter und Anneliese Raabke wohnen dann im Kopenhagener Ortsteil Bronshøj. Anneliese Raabke berichtet:

»Wir waren immer bei der dänischen Arbeiterjugend. Des öfteren kam auch Per Hoekkerup dorthin. Wichtig war für uns die sozialdemokratische Bildungsorganisation ‚Arbejdernes Oplysningsforbund‘ (AOF). Dort konnten wir alle Kurse besuchen, die uns interessierten. Beispielsweise haben wir an einem Kursus über Arbeitsrecht in Dänemark teilgenommen. Aber das Wichtigste war für mich zunächst einmal ein Dänischkurs. Ich war sehr daran interessiert, die Sprache so schnell wie möglich zu lernen. Ich hätte mich ohne dem nicht wohlfühlen können. Ich fühlte, daß ich dies meinem Gastland schuldig war. Aus Flensburg bzw. Harrisleefeld war Christof Gregersen in Kopenhagen. Christofs dänische Frau war Lehrerin und hat uns damals ausgezeichnet im Dänischen unterrichtet.«

Trotz aller dänischer Gastfreundschaft und aller Bemühungen um Integration blieben die Kontakte der Emigranten untereinander wichtig. Zwar ist im engeren Kreis nicht unbekannt, daß unter Richard Hansens Anleitung wichtige konspirative Widerstandsarbeit nach Nazideutschland hinein geleistet wird. Aber offiziell und für alle nicht direkt Beteiligten gilt:

»Wenn man vom Matteotti-Komitee anerkannt und bei der dänischen Polizei gemeldet war, dann war man verpflichtet, sich nicht öffentlich politisch zu engagieren.«

Die schwierige außenpolitische Situation des vergleichsweise kleinen Dänemark als Nachbar des militärisch immer stärker werdenden großen Deutschen Reiches läßt kaum eine Wahl. Intern trifft man sich aber sehr wohl in politischen Diskussions- und Schulkreisen. Walter Raabke nimmt an dem Arbeitskreis teil, der von dem früheren Reichstagsabgeordneten Kurt Heinig geleitet

wurde. Ein weiterer Arbeitskreis wird von Fritz Tarnow, dem früheren Vorsitzenden der Holzarbeitergewerkschaft und bedeutenden gewerkschaftlichen Wirtschaftstheoretiker, geleitet, und auch Kurt Wurbs, der bis 1933 Chefredakteur der Kieler »Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung« gewesen war, bemüht sich, einen solchen Arbeitskreis ins Leben zu rufen.

Zu den Emigranten, an die sich Anneliese Raabke erinnert, gehören neben Richard und Lisa Hansen mit ihren beiden Kindern aus Kiel: Kurt Wurbs mit seinem Sohn Werner, Kurt Palaviccini mit Frau und Tochter sowie Kurt Burmeister aus Gaarden- Süd; aus Eckernförde Karl Faden und Frau sowie Anton Peters mit Familie; aus Hamburg Peter und Otto Haß sowie Emil Auhagen, Otto Tempelmann und Hermann Schmidtke; aus Magdeburg der frühere Reichstagsabgeordnete Karl Raloff mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern; aus Braunschweig der frühere Kultusminister Hans Sievers und Hans Reinowski; aus Hannover Friedrich (Fiete) Schulze und Frau; aus Quedlinburg Robert Stille; aus Freiburg Helmut Bartberger; aus Elberfeld Günter Mötsch und Frau und schließlich Peter Beck und Hans Hansen aus Flensburg. Auch die Mitglieder der deutschen Emigrantengruppe auf Bornholm, darunter Karl Rowold, Robert Blum sowie Hermann Tietz und Frau sind Anneliese Raabke von zwei Fahrten auf die abseits gelegene dänische Ostseeinsel gut bekannt.

Otto Buchwitz, der nach 1945 in der sowjetisch besetzten Zone (der späteren DDR) Ministerpräsident von Sachsen wurde, gehört ebenfalls zu den Bekannten.

»Weil ich keine Arbeitserlaubnis hatte und eine sinnvolle Betätigung suchte, hat Walter mir einen Webstuhl gebaut. Weben wurde mein Hobby, und den ersten Weberknoten hat mir Otto Buchwitz beigebracht, der aus Schlesien stammte und gelernter Weber war.«

Die vergleichsweise ruhige Situation in Dänemark erweist sich als trügerisch. Daß der Nationalsozialismus in Deutschland zum Krieg führen mußte, ist für die Emigranten ein naheliegender Gedanke. Eine Reihe jüngerer Genossen aus der dänischen Arbeiterjugend nimmt auf republikanischer Seite am Bürgerkrieg in Spanien teil; die deutschen sozialdemokratischen Emigranten halten sich weitgehend an die Weisung, sich nicht nach außen zu engagieren. Anneliese Raabke:

Ich werde nie vergessen, wir Barcelona von deutschen Fliegern bombardiert wurde. Es war der 17. März 1938. An diesem Tag wurde unsere Tochter geboren. Es war ein gewolltes Kind, und wir sagten uns damals: Nun haben wir ein Kind, und nun geht es ernstlich los. Was wird aus uns? Und dann folgten der Anschluß Österreichs und die Sudetenkrise. Und wir wußten, daß die dänische Grenze nicht zu verteidigen war. Aber der deutsche Einmarsch in Dänemark am 9. April 1940 kam dann doch sehr überraschend. Ob die dänische Regierung irgendeine Hinweise hatte, weiß man nicht. Wir Emigranten waren jedenfalls völlig ahnungslos. Das war ein Schock. Wie wir dann erfuhren, hatten schon am Abend vorher zwei deutsche Truppentransporter im Hafen gelegen, getarnt als Kohlenschiffe. Und morgens um fünf ging es los. Da flogen über Kopenhagen die deutschen Bomber. Wir wohnten in der vierten Etage, und die Flugzeuge flogen sehr niedrig, und die großen Bomben hingen unten an den Flugzeugen. Walter ist als erstes in seinen Betrieb, zu Burmeister & Wain, gegangen, um sich mit seinen Kollegen zu beraten, um seine Papiere zu holen und Bescheid zu sagen, daß er sofort auf hören muß. Als er zurück war am späten Vormittag, ist er zum Matteotti-Komitee gegangen. Da war nichts vorbereitet. Wie sollte auch? Richard Hansen sagte: ‚Ich kann nichts machen. Wir können keinerlei Hilfe zur Verfügung stellen. Ich kann nur die Parole ausge-

ben: Rette sich wer kann!'

Immerhin konnte er uns noch mitteilen, daß die Liste des Matteotti-Komitees mit den Namen der offiziell anerkannten Flüchtlinge rechtzeitig an das entsprechende schwedische Hilfskomitee weitergeleitet worden war.

Unsere große Sorge war unsere zweijährige Tochter, die zu allem Unglück damals krank war. Wir mußten auf alle Fälle fliehen, aber unsere Tochter konnten wir auf keinen Fall mitnehmen. Wir waren damals eng befreundet mit der Familie, bei der Walter 1928 anlässlich der Studienreise der Heimvolkshochschule in Harrisleefeld nach Kopenhagen untergebracht gewesen war. Die Tochter dieser Familie worin unserem Alter, und sie war Kindergärtnerin. Dort konnte unsere kleine Tochter einstweilen bleiben, ehe wir sie — fünf Monate später — endlich wieder bei uns hatten. Das sind so Dinge, die in keinem Buch stehen; darüber spricht und schreibt man eigentlich nicht. Was man in dieser Zeit erlebt, bis man sein Kind wieder hat, das glaubt man nicht.

5. Flucht nach Schweden

»Also, am 9. April kamen ständig die Durchsagen durchs Radio: ‚Dänemark ist okkupiert. Kein Mensch darf das Land verlassen! Kein Schiff darf den Hafen verlassen!«

Das wurde in kurzen Abständen immer wiederholt. Und auf der anderen Seite war unsere Parole: ‚Rette sich wer kann!‘ Und dann sind wir losgefahren, fast so, wie wir gingen und standen. Ein paar Strümpfe und so das Allernötigste hatten wir in eine kleine Handtasche gepackt. Ein Koffer oder etwas Ähnliches wäre ja auf gefallen. Mit uns zusammen war das Ehepaar Schulze aus Hannover, die in derselben Straße wie wir gewohnt hatten. Wir sind zunächst mit der Straßenbahn in einen Vorort gefahren, weil wir es nicht

wagten, einfach am Hauptbahnhof in den Zug nach Helsingor einzusteigen. Also sind wir unterwegs zugestiegen. Und in Helsingor sind wir dann noch ein Stück an der Küste entlangmarschiert in Richtung Gilleleje. Am hellichten Nachmittag war da ohnehin nichts zu machen. Die Leute, die wir an der Küste entlang trafen, guckten natürlich schon. Und gegen Abend haben wir dann einen Fischer gefragt, ob er uns mit seinem Boot nach Schweden fahren würde. Das hat er natürlich nicht gewollt. Vor allen Dingen seine Frau hat uns gebeten, ihren Mann nicht zu überreden. Denn sie hatten auch ein kleines Kind. Und das haben wir natürlich eingesehen. Aber er hat uns dann ein kleines Ruderboot verkauft. Wir haben dreihundert Kronen dafür gegeben. Und abends um neun haben wir uns so, wie wir waren, ins Boot gesetzt. Walter hat gerudert, und ich habe gesteuert. Wir waren ja von der Wasserkante. Aber die beiden Landkrabben aus Hannover hatten bestimmt noch nie Wasser im Dunkeln gesehen. Die haben vorne gesessen und gezittert. Und das gehört auch dazu: Es war ein schrecklich kalter, langer Winter gewesen. Das hatte es wohl kaum jemals gegeben. Aber am 9. April war der Öresund noch voll Packeis. Es war sehr unangenehm mit unserer kleinen Nußschale. Überall sagte es: krrr . . ., krrr . . ., krrr . . . Dann sahen wir die deutschen Marineboote patrouillieren. Und wir sind noch einmal zurückgefahren. Aber dann haben wir uns gesagt: Entweder oder! Und sind noch einmal losgefahren. Der Fischer hatte uns gesagt: Wenn ihr auf die andere Seite nach Viken wollt, dann müßt ihr den Kurs so halten. Der kannte ja die ganzen Wetter- und Strömungsverhältnisse. Es war der letzte Abend, an dem die schwedische Küste noch beleuchtet war. Drei Stunden hat es gedauert, bis wir drüben waren. Es war kalt. Aber gefroren haben wir nicht, dazu waren wir zu aufgereggt. Als wir dann in der Nähe von Viken waren, wußten wir nicht, können wir hier an Land? Wir wußten ja nicht,

wie die Schweden reagieren würden. Gar nichts wußten wir. Wir haben es also nicht gewagt, direkt zu dem kleinen Ort Viken zu rudern. Schließlich haben wir es etwas südlich davon probiert. Und als das Wasser nur noch ganz flach war, wollten wir an Land waten. Aber es wurde wieder tiefer, und wir sind bis zum Bauch durch das Eiswasser gewatet. Aber wir haben uns nicht einmal erkältet. Irgendwie mobilisiert man Reserven, auch wenn einem die Nerven quer liegen. An Land haben wir bei dem ersten Haus, das beleuchtet war, angeklopft. Schnell ging das Licht aus. Da ist keiner rausgekommen. Die Leute hatten nämlich auch Angst. Sie wußten ja nicht: wer kommt da nun, und hörten natürlich an unserer Aussprache, daß wir kein ganz korrektes Dänisch sprachen und natürlich auch kein Schwedisch. Es wußte ja damals niemand, ob nicht Schweden nach Dänemark und Norwegen als nächstes Land von den Deutschen besetzt werden würde. Wir sind also weitergegangen und kamen an ein Haus mit einer kleinen Tankstelle. Da haben wir geklingelt. Die Leute sahen natürlich, daß wir kein Auto zum Auftanken hatten, und sind auch nicht rausgekommen. Wir kamen dann nach Viken und hatten Glück. Wir trafen einen Taxichauffeur, der gerade nach Hause kam. Inzwischen war die Uhr zwischen halb eins und eins. Er sah, wie es um uns bestellt war. Er hat uns mit in sein Haus genommen. Seine Frau ist aufgestanden und hat uns Tee gemacht und das Notwendigste, damit wir uns ein bißchen abtrocknen konnten. Dann hat uns der Taxifahrer für unser letztes Geld nach Helsingborg zur Polizeistation gefahren. Die erste Nacht im Lande dort haben wir hinter schwedischen Gardinen' verbracht, aber nur diese erste Nacht. Am nächsten Tag erfuhren wir, daß Richard und Lisa Hansen und Kurt Heinig mit Sohn auch schon dort waren. Sie hatten es am Nachmittag geschafft, herüberzukommen. Der schwedische Grenzschutz ist vielen Bootsflüchtigen behilflich gewesen. Wir

waren etwa 150 Leute, die sich gleich nach der deutschen Invasion über den Öresund gerettet hatten. Wenige Tage später war dies so nicht mehr möglich.« Die Flüchtlinge kommen aus verschiedenen Nationen. Neben deutschen Emigranten gibt es vor allem Österreicher sowie Sudetendeutsche und tschechoslowakische Flüchtlinge. Sie werden zunächst von der schwedischen Polizei verhört und erkennungsdienstlich behandelt, Fingerabdrücke, Fotografieren von vorn und im Profil .. . Selten dürfte die Polizei dort so viel zu tun gehabt haben. Anschließend wurden die Flüchtlinge auf verschiedene Flotels verteilt. Walter und Anneliese Raabke wohnen im selben Hotel wie Lisa und Richard Hansen. Einmal täglich müssen sich die Neuankömmlinge bei der Polizei melden. Nach zehn Tagen heißt es plötzlich, sie sollen in ein Lager gebracht werden.

Anneliese Raabke: »Das war für uns natürlich ein Schock. Walter hatte nämlich in Helsingborg schon Arbeit gefunden. Aber dann wurde von schwedischer Seite gesagt: ‚Wir haben ja eigentlich nichts dagegen, aber in dieser unsicheren Situation wagen wir nicht, dich einzustellen.‘ Wir sind also abends in einen Zug gesetzt worden mit unbekanntem Zielort. Die Türen waren abgeschlossen, und wir sind die ganze Nacht durchgefahren. Wir fuhren nordwärts. Als wir uns der norwegischen Grenze näherten, waren die Ortsschilder bereits abmontiert. Norwegen war ja ebenfalls besetzt, und man wollte den Deutschen eine mögliche Invasion offensichtlich nicht erleichtern.

Schließlich kamen wir in Loka Brunn an, ein gutes Stück westlich von Stockholm im Västmanland. Loka Brunn ist ein Rheumaheilbad. Wir wurden in den Häusern untergebracht, die sonst für die Patienten vorgesehen waren. Walter und ich hatten sogar das Glück, ein eigenes Zimmer zu bekommen. Alleinstehende mußten sich ein Zimmer mit fünf anderen Personen teilen. Wir nahmen an

der Militärverpflegung teil. Wir hatte militärische Bewachung durch bewaffnete Landsturmänner, die damals noch ihre malerischen, traditionellen Dreieckshüte trugen. Eingezäunt war dieses Internierungs- ‚lager‘ allerdings nicht; wir konnten uns innerhalb des Dorfes frei bewegen.

In der schlimmsten Zeit waren wir mit 240 deutschsprachigen Personen dort, darunter auch zahlreiche Flüchtlinge, die aus Norwegen gekommen waren. Und es wurde diskutiert! Vor allem natürlich darüber, wie es weitergehen würde. Was würde der Krieg noch alles bringen? Würde Schweden auch noch angegriffen werden? Was wird aus uns? Wir saßen ja hier in der Kneifzange. Zunächst einmal hatten wir unsere Chance genutzt und versucht, hierher zu entkommen. Und vielleicht blieb Schweden ja außerhalb. Wer wußte das schon? Und die Schweden haben ja damals auch ihre jungen Leute und Reservisten zum Militär eingezogen und in die militärisch besonders gefährdeten Grenzregionen geschickt. Vor allem oben an die schwedisch-finnische Grenze zum südlichen Norwegen. Auch die Schweden hatten damals Probleme genug. Und trotzdem haben sie sich um uns gekümmert, so daß wir ein anständiges Dach über dem Kopf hatten. Neben der Verpflegung gab es nach einiger Zeit auch Beschäftigungsgelegenheiten gegen ein geringes Taschengeld. Die Frauen konnten sich in der Küche betätigen, und die Männer halfen mit, im nahen Wald Treppen und Wanderwege für die Sanatoriumsgäste auszubauen. Und dann wurde ernsthaft geworben: ‚Wer geht mit in den Wald? Schweden braucht Waldarbeiter!‘ Auf großen Haufen wurden überall Holzdepots angelegt. In Schweden, vor allem in Stockholm, wurden damals überall Zentralheizungen, die vorher mit Importkohle befeuert wurden, auf Holz umgestellt. Die Holzmengen, die dafür verbraucht wurden, waren enorm. Die Hausmeister hatten Tag und Nacht zu tun. Aus den Flüchtlingen, die sich frei-

willing zur Waldarbeit meldeten, wurden Arbeitskollektive zusammengestellt und über das Land verteilt.«

6. Exil in Schweden

Walter Raabke geht wohl nicht zu Unrecht davon aus, daß er als Modelltischler gezielt eingesetzt werden konnte. So bleiben er und Anneliese Raabke einstweilen noch in Loka Brunn (insgesamt drei Monate), sie sind aber bei weitem nicht die letzten. Es gibt ein besonderes Komitee, daß die verbliebenen Flüchtlinge über das ganze Land verteilen soll. Die Hoffnung der meisten, alsbald nach Stockholm zu kommen, läßt sich nicht realisieren.

Anneliese Raabke:

»Und dann hat man uns eines Tages wieder auf die Eisenbahn gesetzt und gesagt: ‚Da und da müßt ihr umsteigen, und dann fahrt ihr bis Balnäs in Gästrikland/Mittelschweden, etwa 600 km nördlich von Stockholm .‘ Als wir dort gegen acht Uhr abends ankamen, war der Bahnhof leer. Und dann kam jemand, der wie ein Viehhändler aussah. Er kam als Beauftragter der Stadtverwaltung und setzte uns ins Auto und fuhr mit uns weiter nach Lottfors, etwa 20 km entfernt. Es gab eine Reihe kleinerer Holzhäuser dort, wie es in Schweden so üblich ist. Das Wichtigste in diesem Ort war das Sägewerk, dem das Haus gehörte, in dem Walter und ich untergebracht wurden. Das Haus war eingerichtet. Betten, Geschirr und das Notwendigste war vorhanden. Wie ich herausstellte, hatten dort zuvor finnische Flüchtlinge gelebt.

Am nächsten Morgen kam der Platzwart des Sägewerkes und sagte: ‚Milch könnt ihr hier bei uns kaufen, beim Sägewerk.‘ Die hatten eigene Kühe. Gegenüber war ein Konsumgeschäft für unseren täglichen Bedarf. Brennholz hatte man uns extra hingefahren, und elektrisches Licht war auch da. Nur Gemüse kaufen konnten wir nicht. Das bauten die Leute dort in ihren Gärten alles

selbst an. Aber dann hat unser Platzwart ein paar Leuten Bescheid gesagt: ‚Wenn Ihr jetzt in Euren Gärten Gemüse habt, dann bringt doch auch den Raabkes und den Fischers dort etwas vorbei.‘ (Hermann und Erna Fischer mit ihrem Sohn Walter aus Marktredwitz in Franken waren die andere deutsche Familie, die dort Unterschlupf fand.) Und später zur Kartoffelernte sagte er dann: ‚Und wenn Ihr jetzt Eure Kartoffeln geerntet habt, dann kann doch jeder einen kleinen Eimer abgeben.‘ Das hat großartig funktioniert. Die Leute waren wirklich reizend.

Mit den monatlich 100,— Kronen, die wir von der Stadtverwaltung erhielten, hatten wir ein wir ein bescheidenes Auskommen, mit dem wir unsere laufenden Ausgaben gerade bestreiten konnten. Im Sommer konnten wir durch das Sammeln von Blaubeeren und Preiselbeeren, die uns der Konsum gerne abnahm, noch ein wenig hinzuverdienen.

Im übrigen lebte der ganze Ort Lottefors vom Sägewerk. Da gab es natürlich eine ganze Reihe Gewerkschaftskollegen und Genossen. Am Anfang spürten wir auch Ablehnung. Da waren plötzlich Deutsche gekommen, und Deutschland hatte den neutralen Norden, Dänemark und Norwegen, angegriffen. Also diese Deutschen hier, was wollen die? Sind das Nazis? Aber das haben wir schnell auf klären können. Allmählich bekamen wir auch wieder Kontakt nach außen, zunächst durch das schwedische Rote Kreuz und das sozialdemokratische Hilfskomitee, die uns betreuten. In der allerersten Zeit im Internierungslager in Loka Brunn hatten wir ja zunächst noch nicht einmal schreiben dürfen. Dann kam dort ein schwedischer Beamter mit Postkarten mit einem vorgedruckten Text. Die konnten wir dann nach Dänemark und später auch nach Deutschland schicken. Es war wenigstens ein Lebenszeichen.

Soweit war alles gut. Aber unsere ganz große Sorge war ja unsere in Kopenhagen bei unseren dänischen Freunden zurückgebliebe-

ne Tochter. Vor allem am Anfang hatten wir große Angst. Wir wußten in etwa, was die deutschen Eroberer zuvor in Polen angeordnet hatten. Wir würden sie sich in Dänemark verhalten? Unsere erste schriftliche Nachricht an unsere Freunde in Kopenhagen unterschrieben wir daher mit »Persson«, nicht mit unserem richtigen Namen. Da wußten sie jedenfalls, wo wir waren.

Unsere Tochter war 2 Jahre alt, als wir sie in Kopenhagen bei unserer Freundin Tove zurücklassen mußten. Sie sprach deutsch und dänisch lustig durcheinander. Wenn sie in Kopenhagen deutsche Soldaten auf der Straße marschieren sah, sagte sie: ‚Tyskerne, Tyskerne, Tyskerne . . . U n d zu ihren Pflegeeltern sagte sie bald ‚mor‘ und far‘! Also das Deutsche mußte unbedingt so schnell wie möglich aus ihr heraus, damit sie nicht auffiel. Zu ihren Pflegeeltern hat sie rasch eine enge Bindung entwickelt. Das war ja wichtig. Aber als unsere Freundin Tove sie dann nach fünf Monaten zu uns nach Schweden bringen konnte, sagte sie zu ihr: ‚Mor, hvem er den damen?‘ Das war ja nur natürlich, aber es tat weh.

Als Walter und ich aus Kopenhagen flüchten mußten, hatten wir für alle Fälle für die uns befreundete Familie ein Papier geschrieben. Wir wußten ja nicht, was aus uns werden würde. Einige sind bei der Flucht über den Öresund ums Leben gekommen. Und was in Schweden sein würde, das war ja auch altes offen. Wir wußten doch gar nichts damals. Unsere Freundin Tove und ihr Mann wären notfalls auch bereit gewesen, unsere Tochter auf Dauer zu sich zu nehmen.

Sobald es irgend ging, haben wir versucht, Kontakte herzustellen. Ich habe an Fritz Tarnow geschrieben. Tarnow war ebenfalls aus Dänemark geflüchtet und war jetzt in Stockholm. Er war vom Internationalen Gewerkschaftsbund als höchster Repräsentant der illegalen deutschen Gewerkschaftsbewegung anerkannt. Er ver-

fügte also über internationale Kontakte und war stets hilfsbereit und verständnisvoll. Es waren also recht bald in Stockholm einflußreiche und hilfsbereite Leute mit der Angelegenheit beschäftigt. Aber wie das alles gelaufen ist, weiß ich gar nicht. Selbst schwebte man bis zuletzt im Ungewissen.

Unsere Freundin Tove in Kopenhagen war beruflich sehr engagiert als Kindergärtnerin tätig. In dem Kindergarten der Genossenschaftssiedlung, in der sie wohnten, war unter anderem auch die Tochter von Hans Hedtoft-Hansen, der sich sehr um die Emigranten bemüht hatte und nach dem Krieg Staatsminister werden sollte. Auch nach der Besetzung blieb die dänische Regierung zunächst im Amt, und auch die demokratischen Parteien existierten weiter, wenn auch unter strikter Kontrolle und ständiger Drohung willkürlicher Eingriffe. Da war es wichtig, daß Tove bei der dänischen sozialdemokratischen Partei und allen Verwaltungsstellen, die irgendetwas mit Kindergärten zu tun hatten, ein sehr gutes Ansehen hatte und sie sehr viel Hilfe erhielt. Als das schwedische Rote Kreuz mit ihr Kontakt aufnehmen konnte, ist es mit den notwendigen Ausreisepapieren für unsere Tochter irgendwie gelaufen.

Tove mußte dann auch zu den deutschen Dienststellen, und die haben nur gesagt: ‚Ach ja, auch wieder so ein Emigrantenkind‘ Fünf Monate nach unserer Flucht bekamen wir dann von einem Lehrer in Lottefors, der sich sehr um uns und unser besonderes Problem gekümmert hat, Bescheid, ich solle nach Stockholm fahren. Aber Näheres konnte er mir auch nicht sagen. Was nun wirklich mit unserer Tochter war, wußte er auch nicht. Nur, daß ich mich in Stockholm an eine bestimmte Person wenden sollte, die, wie sich dann herausstellte, vom Roten Kreuz war.

Tatsächlich kam dann Tove mit unserer Tochter mit dem Flugzeug nach Malmö und von dort mit der Bahn nach Stockholm. Es war

ein sogenanntes Kurierflugzeug, mit dem damals offensichtlich die unumgänglichen internationalen Kontakte zwischen dem besetzten Dänemark und dem neutralen Schweden aufrechterhalten wurde. Die Aufenthaltserlaubnis für Tove war auf einen Tag und die darauffolgende Nacht begrenzt. Ursprünglich hatte sie eine Einreiseerlaubnis nur für Malmö. Mehr wollten die deutschen Behörden nicht zugestehen. Aber dann sagte Tove: „Das tue ich nicht. Ich weiß gar nicht, wie das in Schweden funktioniert. Ich will das Kind selbst an die Eltern übergeben. Und dazu brauche ich Zeit!“

Wir schulden Tove und ihrer Familie und allen anderen, die uns geholfen haben, sehr großen Dank!«

Anneliese und Walter Raabke verfügen in Lottefors nur über einen »Främlings-pass«, der ihre Aufenthaltserlaubnis auf den Bezirk Gästriklands län beschränkt. Eine Arbeitserlaubnis haben sie nicht. Walter Raabke ist aber bei der Arbeitsverwaltung gemeldet, und im November erhält eine Aufforderung für Stockholm. Die Familie Raabke kann nun in den Stockholmer Vorort Augustendal umziehen. Walter Raabke bekommt bei der Firma Philipsson eine interessante Beschäftigung in seinem Beruf als Modelltischler. Das Unternehmen experimentiert mit der Entwicklung eines Elektroautos, angesichts der schwierigen Einfuhrbedingungen für Erdöl und Benzin, denen sich auch das in seiner Neutralität bedrohte Schweden gegenübersteht, ein wichtiger Ansatz zu mehr Autarkie auf dem Energiesektor. Der Versuch scheitert, und auch in Schweden werden die Autos während der Kriegszeit überwiegend mit Holzkohlegas betrieben. Als diese Versuche im Frühjahr (1941) aufgegeben werden, ist Walter Raabke wieder ohne Arbeit. Doch ist er als Facharbeiter offensichtlich gefragt, so daß er relativ schnell in Stockholm erneut eine Stelle als Modelltischler bekommt.

Anneliese Raabke hat bis zum Ende des Krieges keine offizielle Arbeitserlaubnis. Sie besitzt lediglich die Erlaubnis, eine Schneiderlehre zu absolvieren.

»Da war eine Genossin, die aus der SAP kam, also aus der Sozialistischen Arbeiterpartei«, die sich vor 1933 in Deutschland etwas links von der SPD gebildet hatte und der damals auch Willy Brandt angehörte. Sie hatte pro forma einen Schweden geheiratet und dadurch mit der schwedischen Staatsangehörigkeit automatisch auch die Arbeitserlaubnis erhalten. Sie hatte sich in Stockholm ein eigenes Schneideratelier eingerichtet, und dort habe ich dann drei Jahre vormittags gegen ein geringes Entgelt als Schneiderlehrling gearbeitet.

Auch Willy Brandt, der in Stockholm nicht allzuweit von uns entfernt wohnte, kenne ich aus jener Zeit, ebenso seine erste Frau Carlotta und seine spätere Frau Rut, die beide zur norwegischen Emigrantengruppe gehörten.

Als wir nach Stockholm kamen, 1941, gab es dort natürlich längst eine sozialdemokratische deutsche Emigrantengruppe. Daneben waren für uns die Landesgruppe der deutschen Gewerkschafter und vor allem der Freie Deutsche Kulturbund von besonderer Bedeutung. Es handelte sich zumeist um dieselben Personen. Aber bei der Gewerkschaftsgruppe und dem Kulturbund haben später auch Kommunisten, Angehörige der kommunistischen Opposition und anderer Gruppierungen mitgearbeitet, vor allem SAP-Leute, die auf diesem Wege noch in Schweden wieder zur SPD zurückfanden. Mit einer Reihe SAP-Leuten war ich gut bekannt, darunter das Berliner Lehrerehepaar Agnes und Ernst Behm und Irmgard und August Enderle sowie Walter Pöppel. Im Kulturbund war aber auch ein anthroposophisches Ehepaar mit dabei. Ich erinnere mich, daß wir uns dort über Literatur unterhalten haben. Auch in der Emigration ist ja ein gut Teil Literatur er-

schienen. Der Hamburger Germanistikprofessor Behrendsohn hat beispielsweise Vorträge gehalten, natürlich auch andere. Auch mehr tagesaktuelle, politische Themen spielten eine Rolle, etwa Kurt Stecherts Buch ‚Dreimal gegen England‘, das damals sehr diskutiert wurde. Auch in Schweden gab es Arbeitskreise, die sich mit politischen Grundsatzfragen und den Zukunftsperspektiven für die Zeit nach dem Krieg auseinandersetzten. An eine Art Seminar im Jahre 1944 in dem Badeort Saltsjöbaden im Schärenringsgebiet vor Stockholm, an dem nicht nur deutsche Sozialdemokraten teilnahmen, kann ich mich erinnern. Fritz Tarnow war mit dabei. Das war ein sehr toleranter und kluger Mann, dessen Stärke es war, auch schwierige Probleme so einfach darzustellen, daß man wirklich das Gefühl haben konnte, es alles verstanden zu haben. Dadurch unterschied er sich sehr von Kurt Heinig, der von seiner unbezweifelbaren Klugkeit sehr überzeugt war, oft arrogant wirkte und sich damit viele Gegner schuf. Von den übrigen sozialdemokratischen Emigranten habe ich eine sehr positive Erinnerung an Fritz Bauer, der später in Hessen Generalstaatsanwalt wurde, ferner an Franz und Käthe Osterroth, an Karl Ilgner, Hans Reinowski, dessen im Exil entstandenen Gedichtband ich noch besitze, sowie an Hans Mugrauer. Martin Krebs, der nach dem Krieg in Eckernförde lebte, war auf allen nur denkbaren Sitzungen dabei. Als Vorsitzender der an sich ja sehr wichtigen Landesgruppe deutscher Gewerkschafter fehlte ihm aber die rechte Ausstrahlung. Jedenfalls arbeitete er eng mit Fritz Tarnow zusammen. Richard Hansen, der in Kopenhagen eine absolut führende Rolle spielte, war von Schweden so rasch wie es ging weitergefahren. Man rechnete zunächst noch mit einer deutschen Invasion auch in Schweden oder schloß dies zumindest nicht aus. Da bei ihm alle Fäden zusammengelaufen waren, war es für seine und unsere Sicherheit besser, wenn er nicht in Schweden blieb. Auf Umwegen gelangte er über die Phi-

lippinen in die USA. Lisa Hansen, die ich sehr geschätzt habe, hat sich mühselig mit Heimarbeit und Unterstützung durchschlagen müssen; sie hat ein schweres Schicksal gehabt. Sobald es 1945 die Möglichkeit dazu gab, kehrte Richard Hansen zu seiner Familie in Schweden zurück, wo er sich zusammen mit Lisa gleich sehr in der karitativen Arbeit für Deutschland engagierte. Auf das Ende des Krieges haben wir uns riesig gefreut. Jetzt endlich kommt eine andere Zeit, wenn es doch erst so weit wäre!

7. Nach der deutschen Kapitulation

Als Nazideutschland dann tatsächlich offiziell kapitulierte, gab es auch im neutralen Schweden eine ungeheure Erleichterung. Nachmittags bin ich in die Stadt gefahren und habe mir den Trubel angesehen. Die Schweden waren völlig aus dem Häuschen, solch ein Jubel. Auf der Kungsgatan gingen die Leute Arm in Arm in Achterreihen und haben gesungen. Aus den Fenstern wurden Papierrollen geworfen wie beim Fasching. Ich habe mich mitgefremt. Aber dann kam mir plötzlich der Gedanke: Armes Deutschland! Es gab ja nicht nur Leute, die alles freudig begrüßt hatten, was Hitler tat. Es gab ja auch einen gut Teil Leute, die von Anfang an dagegen gewesen waren. Und alle sollten ja weiterleben! Mir wurde langsam immer elender dabei. Und dann ging ich allein in der Stadt herum und landete schließlich im Kungsträdgården. Und dort treffe ich plötzlich Hans Sievers, den früheren Braun- Schweizer Kultusminister. Er guckt mich an, ich gucke ihn an, und wir konnten zunächst gar nichts sagen. Und dann sagt er: „Sie auch?“ Sag ich: „Ja“ und es standen uns die Tränen in den Augen. Wir sind noch ein Stück zusammen gegangen und haben uns verabschiedet: „Es ist schön, daß der Krieg aus ist, aber was kommt jetzt?“ Ein halbes Jahr später haben wir zusammen mit anderen Genossen die Hilfsorganisation für das zerstörte Deutschland angefangen. Da gibt's einen Zusammenhang!

Wann wir genau angefangen haben, kann ich nicht mehr mit Sicherheit sagen. Jedenfalls war eine Reihe von Genossen dabei, Hans Mugrauer vor allem und Ernst und Agnes Behm, Walter Friedrichs und anfangs auch Martin Krebs.

Und es gab eine Reihe Schweden, die engagiert mitarbeiteten sowie z. B. ein schwedischer Pastor, der einmal Hilfsmissionspastor gewesen war. Zunächst haben wir ganz privat angefangen, später hatten wir auch ein eigenes Lokal.

Wir haben bei allen unseren Bekannten gesammelt, Lebensmittel, hauptsächlich aber Kleidung und Schuhe. Auch in Schweden hatte es während der Kriegsjahre ja Lebensmittel- und Kleiderkarten, Bezugsscheine, gegeben. Aber natürlich war die Armut hier nicht so groß. Und natürlich kam es vor, daß die Leute hier ausrangierte Kleidung und Schuhe einfach weggeworfen haben. Und da haben wir mit den lauten von der Müllabfuhr, die in den Villengebieten arbeiteten, ein Abkommen geschlossen. Die haben dann die Schuhe, die sie bei den herausgestellten Sachen fanden, paarweise zusammengebunden und bei uns abgeliefert. Pro Paar kriegten sie von uns 50 Ore dafür. Und in der Nähe gab es einen Schuhmacher. Der Schuhmachermeister hat mit seinen Gesellen abends extra für uns gearbeitet. Er machte uns einen ganz billigen Preis, während die Gesellen ihren normalen Lohn bekamen. Die reparierten Schuhe haben wir dann nach Deutschland geschickt.

Und dann hatten wir Leute, die Geld gesammelt haben. Da sind ganz ordentliche Beträge zusammengekommen. Es mußten ja auch Hilfsgüter gekauft werden. Das alles haben wir dann kistenweise nach Deutschland geschickt. Wir hatten intensive Verbindungen zur Arbeiterwohlfahrt in Deutschland, die dort für die Verteilung sorgte. Natürlich haben wir auch an Einzelpersonen geschickt, die wir kannten und denen wir vertrauen konnten, z. B. an meine Mutter, die die Sachen dann an ihre Bekannten und Verwandten weiterverteilt hat. Im übrigen gab es in Schweden noch eine ganze Reihe weiterer Organisationen und Initiativen, die Hilfe für das zerstörte Deutschland organisierten.

Aber als dann die Währungsreform kam, haben wir uns fürchterlich geschämt. Wir haben nicht gewußt, was wir unseren schwedischen Freunden antworten sollten, als sie fragten: , Was ist denn da nun los? Wir haben das ja alles verstanden, und wir haben versucht zu helfen. Aber was ist denn das für eine Moral? Jetzt ist

*alles da in Deutschland. Also muß es irgendwo gewesen sein!?'
Ich habe mich nie so geschämt wie damals. Die Reaktion auf das
Erscheinungsbild der westdeutschen Währungsreform war nieder-
schmetternd. Die Zeitungen in Schweden waren voll davon: Wieso
ist das möglich? Was geht da nun wieder vor in Deutschland? Wir
waren sprachlos. Das war ja ganz einfach eine moralische Ge-
schichte, die wir nicht verdauen konnten.*

*Damit war unsere Hilfsorganisation am Ende. Das Organisatori-
sche ist noch abgewickelt worden, und wir haben nur noch ganz
privat unsere Familienangehörigen und Bekannten unterstützt.*

*1947 bin ich zum ersten Mal wieder in Kiel bei meinen Eltern zu
Besuch gewesen. Das war ein niederdrückendes Erlebnis. Mein
Bruder — der jüngere — war damals bei der Arbeiterwohlfahrt in
Kiel beschäftigt und holte mich in Flensburg mit dem Wagen ab.
Es war schon halb dunkel, als wir durch die Ruinen fuhren. Und
dann habe ich meinen Bruder gefragt: „Warum haben denn die
überall Girlanden?“, Wieso Girlanden?“ Ich sagte: „Es ist mir in
Flensburg schon aufgefallen, und dann in Schleswig und in
Eckernförde. Überall hängen in den Ruinen diese Girlanden.“ Das
waren Blätter vom selbst gezogenen Tabak, den man damals
überall anbaute.*

*In meiner Familie gab es niemanden, der nicht ausgebombt war.
Meine Eltern sind allein dreimal in Kiel ausgebombt worden, zu-
letzt in der Elisabethstraße. Sie wohnten jetzt in einem kleinen
Zimmer zur Untermiete. Mein Vater war 1947 75 Jahre alt, meine
Mutter 72. Sie bekamen damals eine kleine Wohnung im Alters-
heim in der Illisstraße. Mein Vater wollte nicht so recht, aber meine
Mutter war sehr froh darüber. Sie hat sehr viel Lebensmut gehabt.
Mein Vater wurde mit den Verhältnissen nicht mehr so recht fertig.
Er sammelte alte krumme Nägel und beschäftigte sich damit, sie
wieder gerade zu klopfen. Man kann sie ja wieder gebrauchen.*

Das war recht traurig.

Meine Eltern haben es immer sehr schwer gehabt. Nach der Not des Ersten Weltkrieges mußte mein Vater vorzeitig in Rente gehen. Meine Mutter hat die Familie mit ihrer Schneiderei mit über Wasser gehalten. 1923 war die Inflation auf dem Höhepunkt. Dann ging es ein paar Jahre. Aber während der Weltwirtschaftskrise waren meine beiden Brüder arbeitslos. Dann kamen das Dritte Reich und der Krieg.

Meine Mutter konnte kaum noch gehen, nur mit Stock. Und wenn sie bei Bombenalarm in den Luftschutzkeller mußte, oft Nacht für Nacht und das auch noch mehrmals, dann hatte sie ihre wichtigsten Sachen in einer Tasche, die sie sich um den Hals bängte. Und dabei war eine Käthe-Kruse-Puppe, die meine Tochter haben sollte. Die hat sie immer mitgenommen in den Bunker. Als Walter 1946 nach Deutschland kam, wohnten meine Eltern noch in einer Baracke in den Ruinen. Da hat sie ihm die Puppe mitgegeben. Walter traf dann in Flensburg eine schwedische Journalistin, Barbro Alving. Sie fragte ihn: „Können wir irgendetwas für Dich tun?“ Im November 1946 hat sie dann die Puppe für meine Tochter nach Schweden mitgebracht und mich besucht.

So lange meine Eltern lebten, habe ich sie regelmäßig in Kiel besucht. Das erste Mal war sehr schwierig. Es war noch vor der Währungsreform. Man mußte um eine Ausnahmegenehmigung nachsuchen. Kiel gehörte ja zur britischen Zone. Man mußte sich verpflichten, weder Lebensmittel noch ein Hotel zu erwarten. Man mußte sich Essen für die ganze Zeit mitbringen und amerikanische Dollars.

Im Januar 1946 kam Willy Brandt von einem Deutschlandbesuch nach Schweden zurück. Damals trug er in der Tat eine norwegische Uniform, weil es ihm zunächst nur so möglich war, nach Deutschland einzureisen. Auch wir Emigranten durften ja keines-

falls sofort zurückkehren. Willy Brandt gab in Stockholm vor den Emigranten einen Bericht über seine Eindrücke aus Deutschland unmittelbar nach dem Krieg. Auch Walter und ich nahmen an dieser Veranstaltung teil. Der Tenor von Brandts Rede war: Es ist unendlich viel zerstört. Die Not, das Elend und die Verzweiflung der Menschen sind ungeheuerlich. Aber es gibt auch viele Zeichen der Hoffnung und einen neuen Anfang. Unsere Genossen in Deutschland sind wieder aktiv. Wir Emigranten werden dort gebraucht.

Unter dem Eindruck seiner Rede entschlossen sich viele spontan, nach Deutschland zurückzukehren. Und das war ja auch der Sinn des Exils, daß man zurückgeht, wenn es die Chance für einen neuen Anfang gibt. Zu denjenigen, die in dieser Situation zurückkehrten, gehörte Walter und z. B. auch Martin Krebs, der sich dann in Eckernförde niederließ. Viele sagten damals aber auch, daß es völlig verrückt sei, zu diesem Zeitpunkt in das total zerstörte und hungernde Deutschland zurückzukehren.

Walter fuhr also von Trelleborg/Schonen mit dem Schiff nach Lübeck-Travemünde. Auf dem Schiff waren vor allem deutsche Kriegsgefangene und Flüchtlinge, die es in den ersten Wochen nach Kriegsende nach Schweden verschlagen hatte. Sie wurden von den Briten bei der Ankunft zunächst einmal in Bausch und Bogen in ein Internierungslager in der Nähe von Lübeck gesteckt. Das war für Walter, der ja in keiner Weise in nationalsozialistisches Unrecht verstrickt war, natürlich ein kleiner Schock. Es dauerte etwa vierzehn Tage, bis er nach Kiel Weiterreisen konnte. Die SPD in Kiel schickte in später als Sekretär in die Grenzstadt Flensburg, wo es damals viele Probleme gab. Walter konnte ja fließend dänisch und hatte gute Kontakte zu vielen wichtigen Leuten in Dänemark. Einzelheiten über die Verhältnisse in Flensburg weiß ich leider nicht. Jedenfalls ist Walter mit den vielen Schwie-

rigkeiten dort nicht so ganz zurechtgekommen. Er kehrte im Juni 1947 nach Schweden zurück.

Ich selbst hatte im Januar 1946 in Stockholm Arbeit gefunden, bei der ich mich wohlfühlte und die mich ausfüllte. Meine Tochter war jetzt fast acht Jahre alt. Ich hatte schwedisch gelernt und mich gut in die Verhältnisse hier eingefunden, während Walter immer mit einem Bein in Schweden und einem in Deutschland gestanden hat und sich auf diese Art nie richtig wohlfühlt hat. Wahrscheinlich ist er im Januar 1946 einfach zu früh nach Deutschland zurückgekehrt. Wir hatten ja schon zweimal den Haushalt verloren, als der Krieg noch im Gange war. Da hatte man gehofft, irgendwann ist das ja mal zu Ende. Und zunächst hatten wir nur mit Zuckerkisten als Bücherregale gelebt. Wir hatten uns lieber ein Buch statt irgendwelcher Einrichtungsgegenstände gekauft. Es war alles ein Provisorium.

Nun hatte ich ab Januar 1946 meine Stelle im Hauptkontor des Stockholmer Konsumvereins. Auch Walter fand sofort wieder Arbeit, als er im Juni 1947 zurückkehrte. Dann haben wir angefangen, uns wieder richtig einzurichten. Und allmählich haben wir uns dann entschieden, in Schweden zu bleiben, bis unsere Tochter mit der Schule fertig sein würde. Sie hat 1958 ihr Abitur gemacht. Damals gab es in Schweden schon einen strengen numerus clausus für das Medizinstudium. So ergab es sich ganz von selbst, daß sie dann im Herbst 1958 in Kiel anfing, Medizin zu studieren. Walter hat sich im Sommer 1959 ebenfalls entschieden, erneut nach Deutschland zu gehen. Er wollte ja eigentlich wieder mit der Modelltischlerei anfangen. Aber gebraucht wurden angeblich vor allem Bautischler. Er hat ein kleines Darlehen bekommen, und außerdem lief ein Antrag auf Wiedergutmachung wegen der Verfolgung durch die Nationalsozialisten. Er hat dann einen selbständigen Betrieb als Bautischler eröffnet, auf dem Gelände des See-

fischmarktes in Kiel-Ellerbek. Er hat es sehr schwer gehabt. Das Startkapital war einfach nicht ausreichend. Er hat in der Werkstatt gewohnt; sein Kontor hatte er so ein bißchen ausgebaut. Ich war oft bei ihm in Kiel zu Besuch, so oft es eben ging.

Unsere Abmachung war damals, daß ich zunächst einmal in Schweden, in unserer alten Wohnung bleiben sollte, bis der Betrieb so viel abwerfen würde, daß wir unseren Lebensstandard, den wir uns gemeinsam in Schweden erarbeitet hatten, erreichen würden. So weit ist es nie gekommen. Walter war ja auch schon über fünfzig, als er zum zweiten Mal nach Deutschland zurückkehrte und sich selbständig machte. Insgesamt waren die Verhältnisse für uns beide recht schwierig und belastend. Für einen Außenstehenden ist das bestimmt schwer nachzuvollziehen. Es gibt eine Reihe von Emigranten, deren persönliche Beziehungen während der Zeit des Exils zerbrochen sind, ohne daß man dem einen oder anderen daran Schuld geben kann. Walter und ich haben uns später in gutem Einvernehmen scheiden lassen. Walter ist 1983 gestorben.

Ich selbst hatte die schwedische Staatsbürgerschaft erworben. Insgesamt habe ich 30 Jahre beim Konsumverein für Stockholm und Umgebung gearbeitet. Die Bedeutung des Konsums in Schweden ist enorm. Allein dieser regionale Konsumverein mit all seinen angeschlossenen Nebenbetrieben — auch Produktionsbetrieben — hatte damals ca. 10.000 Beschäftigte. 1946 habe ich dort im Kontor angefangen und Inventarlisten nachgerechnet. Wir hatten Rechenmaschinen, die einem nach heutigen Begriffen fast wie Dreschmaschinen Vorkommen. Dann war ich in der Kontrollabteilung, was allerdings ein bißchen langweilig war. 1948 bewarb ich mich um eine freigewordene Stelle im Lohnbüro der Schlachtereiwarenfabrik, die ebenfalls zum Konsum gehörte, und wurde dort 1949 Vorsteherin. Bis ich 60 Jahre alt war, habe ich

dort vollzeit gearbeitet und anschließend drei Tage in der Woche in der Personalabteilung. 1967 bin ich mit 66 Jahren in den Ruhestand gegangen; das war das reguläre Pensionsalter in Schweden.

Seit 1984 bin ich wieder hier in Kiel. Meine Tochter mit Familie wohnt hier. Ich bin zurückgekommen, weil ich alleinstehend bin. Ich habe kein zwiespältiges Verhältnis zu Deutschland. Ich wußte natürlich, daß es etwas anderes ist, endgültig hierher zurückzukehren, als gelegentlich einmal einen Besuch in Deutschland zu machen. Darüber war ich mir theoretisch im klaren und habe es auch praktisch gut überstanden. Im übrigen habe ich eine Reihe alter Freunde und Genossen wiedertreffen. Zu einigen war der Kontakt nach 1945 nie abgerissen. Andere habe ich erst jetzt wiedertreffen. Es gibt einen guten Zusammenhalt zwischen uns.

ANMERKUNGEN:

- 1 Aus den Svendborger Gedichten, in: Bertolt Brecht, Gesammelte Werke, Bd. 9, Frankfurt am Main, 1967, S. 18.
- 2 Der Spiegel, 38, 1966, S. 24. In einer Fußnote gibt Erich Matthias an, daß das Zitat einer Rede von Hassels, gehalten am 29. 10. 1960, entnommen wurde. Siehe Erich Matthias (Hrsg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland, Düsseldorf 1968, S. 8.
- 3 Helmut Müssener, Exil in Schweden. Politische und kulturelle Emigration nach 1933, München 1974.
- 4 S. u. a. Dieter Günther. Gewerkschafter im Exil. Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Schweden von 1938-1945, Marburg 1982;
Klaus Misgeld, Die »Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten« in Stockholm 1942-1945. Zur sozialistischen Friedensdiskussion während des Zweiten Weltkrieges, Bonn- Bad Godesberg 1976.
- 5 Dazu verschiedene Beiträge in dem Sammelband: Vergessen und verdrängt. Eine andere Heimatgeschichte . . . , Eckernförde 1984, S.

- 184-212. Der dort u. a. abgedruckte Aufsatz von Ralf Deppe, Die sozialdemokratische Emigration in Dänemark — ein Überblick, auch in: Grenzfriedenshefte 1984, S. 97-111. — Siehe ferner Helmut Donat, Arnold Kalisch. Ein führender Vertreter der historischen Friedensbewegung, in: Grenzfriedenshefte 1983, S. 244-267. — Neuerdings: Steffen Steffensen, På flugt fra nazismen. Tysksprogede emigranter i Danmark erfter 1933, Kobenhavn 1986 (Rezension von Johann Runge im vorliegenden Grenzfriedensheft).
- 6 Gerhard Beier, Arbeiterbewegung in Hessen, Frankfurt am Main 1984, S. 8
- 7 Kandidatenbrief zur Bundestagswahl 1957, Martin Krebs, Stadtbibliothek Västerås.
- 8 Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Darmstadt 4. Wahlperiode 1961 ff.
- 9 Willy Brandt, Links und frei, Hamburg 1982, S. 73 ff.

Ehrung unserer langjährigen Mitglieder

Der Vorstand hat im vorigen Jahr beschlossen, alle die Mitglieder besonders zu ehren, die schon 25 Jahre oder noch länger dem Grenzfriedensbund angehören. Ihre jahrzehntelange Treue sollte einmal anerkannt und herausgestellt werden. Sie sind in einer Zeit in den Grenzfriedensbund eingetreten, als das deutsch-dänische Verhältnis durchaus nicht frei von Spannungen war; und sie haben mit ihrem Beitritt im Grunde zwei Bekenntnisse abgelegt:

Sie wollten selber deutsch bleiben und andere in diesem Wunsche unterstützen; aber sie wollten auch für eine Verständigung mit den dänischen Nachbarn eintreten.

Nun sind sie 25 oder 30, manche schon 35 Jahre dabei. An ihrer Gesinnung hat sich nichts verändert; die Zeiten aber sind anders geworden. Der deutsch-dänische Gegensatz ist überwunden. Es gibt gute Nachbarschaft zwischen beiden Völkern, sowohl im eigenen Lande wie über die Grenze hinweg. Unsere »alten« Mitglieder haben an dieser Entwicklung mitgewirkt. Wir wollen ihnen dafür danken. In mehreren Regionalveranstaltungen werden ihnen Urkunden und Abzeichen überreicht. Wer außerhalb unseres Landesteils wohnt, wird ein Schreiben des Vorstandes erhalten. Und hier sind die mehr als 100 Namen der Grenzfriedensbund-Jubilare:

Flensburg und Umgebung

1. Ingeborg Amler, Schausender Weg
2392 Glücksburg 01.02.1957
2. Lilo Anderson, Fruerlundlücke 11,
2390 Flensburg 24.02.1955
3. Klaus Bartnitzke, Fruerlundhof 18,
2390 Flensburg 15.08.1952
4. Gretel Brüggmann, Thomas-Mann-
Str. 5, 2390 Flensburg 03.05.1959
5. Ernst Beier, Waldstraße 40,
2390 Flensburg seit 1950
6. Arno Buske, Timm-Kröger-Weg 76,
2390 Flensburg 25.02.1955
7. Friedr. Christiansen, Bauerlandstr. 5,
2390 Flensburg 28.02.1955
8. Horst Ermer, Ochsenweg 7,

- 2390 Flensburg-Weiche 24.04.1955
9. Bernhard Hansen, Mürwiker Str. 19,
2390 Flensburg 16.02.1955
 10. Marg. Hansen, Mathildenstr. 24,
2390 Flensburg 12.01.1960
 11. Hermann Harbeck, Marienallee 50,
2390 Flensburg 01.01.1953
 12. Hans Hartwigsen, Kanzleistraße 56,
2390 Flensburg 24.02.1955
 13. Otto Holm, Alter Kupfermühlenweg 38,
2390 Flensburg 11.12.1959
 14. Martha Iversen, Husumer Straße 302,
2390 Flensburg 10.09.1953
 15. Anneliese Jürgensen, Bachstraße 27,
2390 Flensburg 16.02.1955
 16. Gerda Jürgensen, Hermann-Löns-Weg 9,
2390 Flensburg 28.10.1955
 17. Prof. Dr. G. Kochansky, Norderlück 26,
2390 Flensburg 19.08.1955
 18. Gesche Maybaum, Jungfernstieg 9,
2390 Flensburg 12.01.1960
 19. Christel Mielke, Hebbelstraße 3,
2390 Flensburg 13.03.1954
 20. Johannes Petersen, Bachstraße 16,
2347 Süderbrarup 15.05.1953
 21. Ilse Peuschel, Friedhofstraße 32a,
2390 Flensburg 01.06.1960
 22. Elsa Rößler, Jürgenstraße 109,
2390 Flensburg 08.06.1954
 23. Karl Schubert, Toosbüstr. 27,
2390 Flensburg 07.07.1954
 24. Horst Schwarze, Trögelsbyer Weg 88,
2390 Flensburg 01.12.1959
 25. Martha von Seckendorff, Lundweg 2,
2390 Flensburg 28.10.1955
 26. Alfred Struwe, Hermann-Löns-Weg 23,
2390 Flensburg 04.06.1955
 27. Artur Thomsen, Holstengang 4,
2390 Flensburg 29.04.1959
 28. Hans Thomsen, Bismarckstraße 100,

- | | | |
|-----|---|------------|
| | 2390 Flensburg | 30.04.1959 |
| 29. | Fritz Trube,
2347 Süderbrarup | 24.03.1953 |
| 30. | Hildegund Reitner, Mommsenstraße 8,
2390 Flensburg | 22.01.1963 |
| 31. | Hans Tikowsky, Westerstraße,
2347 Süderbrarup | 05.01.1959 |
| 32. | Bernd Wolf, Sudetenweg 14,
2390 Flensburg | 12.01.1960 |
| 33. | Erich Zierke, Wrangelstraße 23,
2390 Flensburg | 23.10.1957 |
| 34. | Maria-Elisabeth-Zimmermann,
Westerallee 11, 2390 Flensburg | 20.12.1959 |

*Schleswig, Eckernförde, Büdelsdorf
und Rendsburg*

- | | | |
|-----|--|------------|
| 1. | Paul Bruse, Mittelstraße 4,
2352 Bordesholm | 08.10.1952 |
| 2. | Martin Clausen, Aalburgstr. 8,
2370 Rendsburg | 18.05.1954 |
| 3. | Erwin Framke, Selker Weg 29a,
2381 Jagel | 07.10.1951 |
| 4. | Werner Gossing, Prinzenstr. 31,
2330 Eckernförde | 02.12.1951 |
| 5. | Hermann Henningsen, Lutherstr. 17,
2380 Schleswig | 02.12.1951 |
| 6. | Hanns Jessen, Samlandstraße 4,
2370 Büdelsdorf | 23.02.1953 |
| 7. | Hans Jessen, Schleswiger Straße 9,
2330 Eckernförde | 20.04.1955 |
| 8. | Karl Jeutter, Gustav-Frenssen-Str. 15,
2330 Eckernförde | 01.01.1952 |
| 9. | Günther Kuchenbecker,
2381 Selk | 22.04.1955 |
| 10. | Karin Lange, Am Südhang 8,
2380 Schleswig | 16.07.1960 |
| 11. | August Lüthen, Voßkuhl 42,
2380 Schleswig | 04.12.1951 |
| 12. | Ilse Lüthen, Voßkuhl 42, | |

- 2380 Schleswig 31.08.1956
13. Anneliese Mende, Memeler Str. 91,
2380 Schleswig 10.09.1956
 14. Felix Nissen,
2381 Ulsnis 02.07.1956
 15. Fritz Palenczat, Dorfstraße 1,
2330 Eckernförde/Kochendorf
22.10.1955
 16. Hans Petersen, 2331 Ascheffel,
Krs. Eckernförde 06.03.1959
 17. Anneliese Rathje, Gorch-Fock-Str. 7,
2330 Eckernförde 06.08.1957
 18. Helene Richter, Siemensstraße 27,
2330 Eckernförde 12.07.1956
 19. Anna Schnoor, Gefionstraße 3,
2330 Eckernförde
 20. Heinrich Timm, Regenpfeiferweg 22,
2380 Schleswig 02.12.1951

Nordfriesland/Eiderstedt

1. Käthe Bardowieck, Nordmarkstr. 1,
2253 Tönning 26.09.1955
2. Franz-Hermann-Bloch, Rothenspieker,
2251 Oldenswort 22.05.1954
3. Giesela Bloch, Rothenspieker,
2251 Oldenswort 22.05.1954
4. Annelene Bondzio, Dreimühlen-
Heidberg, 2250 Husum 10.09.1952
5. Egon Brälye, Mühlenstegalk 4,
2278 Nebel/Amrum 01.04.1955
6. Heinz Brich, 2280 Rantum-Dorf,
Sylt Nov. 1952
7. Anneliese Carstens, Hemmerdeich,
2251 Oldenswort 01.01.1955
8. Hans-Walter Clausen, Bredtstedter
Str. 29, 2250 Husum 21.08.1950
9. Anna Deetz, Schillerstraße 50,
2250 Husum 04.08.1959
10. Charlotte Döring, Kattrepel 13,
2253 Tönning 26.09.1955

11. Anna Eden, 2253 Olversum
über Tönning 13.06.1960
12. Else Ellinghaus, Jurien-Ovens-Str. 12,
2253 Tönning 20.09.1954
13. Werner Finger, Böhler Landstr.,
2253 St.-Peter-Ording 10.12.1955
14. Anita Hans, 2253 Olversum
07.12.1955
15. Hans M. Hansen, Morsumhafen,
2251 Nordstrand 09.03.1952
16. Heinke Hansen, Brinckmann-Str. 29,
2250 Husum 20.05.1954
17. Hilda Hansen, Süderstraße 12,
2253 Tönning 08.01.1958
18. Käte Marie Hansen, Brinckmann-
Str. 29, 2250 Husum 20.11.1958
19. Klaus Heiseier, Westerwungweg 8,
2250 Husum 12.01.1960
21. Henny Herpers, Rentnerwohnheim,
2251 Mildstedt 29.12.1953
22. Flora Jensen, Bellmannstr. 36,
2250 Husum 19.04.1956
23. Fritz Karff, 2251 Winnert
über Husum 23.10.1950
24. Edith Kikillus,
2251 Rantrum 16.03.1954
25. Charlotte Koppen, Brarenstraße 4,
2253 Tönning 17.01.1951
26. Carla Lausberg, Nordbahnhofstr. 26,
2250 Husum 23.01.1954
27. Christine Matthiesen,
Gatherlandstr. 15,
2260 Niebüll 24.11.1957
28. Felix Müller, Kampsiedlung 30,
2250 Husum 25.03.1954
29. Magarethe Müller, Kampsiedlung 30,
2250 Husum 15.07.1953
30. Margarethe Ohlf, Norderstraße 22,
2253 Tönning 08.01.1958
31. Gerhard Paschke,

- 2251 Hattstedt 01.01.1959
32. Elisabeth Rogge, Memeler Str. 5,
2250 Husum 10.09.1952
33. Peter Sander, Ulmenweg 25,
2250 Husum 02.07.1959
34. Hans-Gerhard Schmoll, Hans-Sierks-
Straße, 2240 Heide in Holstein
20.05.1953
35. Conrad Schurbohm,
2286 Keitum/Sylt 05.06.1953
36. Adolf Steffen
2251 Schobüll 09.03.1952
37. Hans Stieler, Kirchenweg 8,
2286 Keitum/Sylt-Ost 03.04.1955
38. Ernst Stojan, Kampstr. 39,
2280 Westerland 07.10.1951
39. Martha Thiesen, Woldsenstr. 79,
2250 Husum Nov. 1952
40. Luise Wagner, Hochsteg,
2253 Tönning 01.02.1954
41. Robert Wahrenburg, Theodor-Storm-
Str. 29, 2260 Niebüll 19.09.1950
42. Anna-Maria Westendorf,
2253 Klein-Olversum Okt. 1954
43. Gretchen Ziegert, Danckwerth-
str. 12, 2253 Tönning Febr. 1954

Übriges Schleswig-Holstein u. a.

1. Max Andrew, Gärtnerstraße 85,
2200 Elmshorn 08.06.1956
2. Prof. Dr. Degn, Niemannsweg 30,
2300 Kiel 1 29.06.1957
3. Johanna Dittrich, Marienhöhe 197,
2085 Quickborn 13.04.1954
4. Heinz Dörge, 2201 Seester
über Elmshorn 22.02.1960
5. Helene Hartmann, Beim Heim-
berg 4, 2224 Burg/Dithm.
Juni 1954
6. Georg-Adolf Hölk, Bauerweg 7,

- 2200 Raa-Besenbek 11.06.1959
7. Gerhard Hoff, Sülldorfer Brook-
weg 61, 2000 Hamburg 56
26. 03. 1953
 8. Grete Illich,
2245 Tellingstedt 05.06.1953
 9. Reimer Kahlke, Kogge 9,
2210 Itzhoe 22.08.1951
 10. Herma Klinck, 2241 Tensfeldt
bei Albersdorf 23.08.1950
 11. Dr. Wilhelm Klüver, Ascheberg
 12. Helga Lehmann, Brahmstr. 7,
2400 Lübeck 16.07.1958
 13. Christian Maynerts,
2070 Großhansdorf 24.03.1959
 14. Hans Nissen, Pestalozzistr. 50,
2300 Kiel 16.09.1959
 15. Dr. Obermeier, Wolfsberg 22,
2420 Eutin 02.07.1953
 16. Ernst Petersen, Holländerei 16,
2300 Kronshagen über Kiel
20.08.1952
 17. Dr. Peter Petersen, 5300 Bonn 2,
Langenbergweg 100 11.08.1958
 18. Karl Schady, Retinastr. 35,
2200 Elmshorn 08.06.1956
 19. Hubert Schild, Lohstraße 11,
2080 Pinneberg 29.01.1961
 20. Paul Selk, Buschkoppel 33,
2300 Kiel-Wellsee 14 12.02.1955
 21. Herbert Staats, Lerchenfeld 3,
2210 Itzehoe 16.10.1956
 22. Walter Thomsen, Königsweg 5,
2224 Burg/Dithmarschen
Juni 1954

Wilhelm Käber feierte 90jährigen Geburtstag

Auszüge aus einem langen Tonbandprotokoll sind wiedergegeben in: Frank Lubowitz: Wilhelm Käber, Regierung und Opposition, Neuer Malik Verlag, Kiel 1986.

Grau ist alle Theorie, grün der Baum des Lebens. Auf wunderbare Weise ist die Lebensweisheit in diesem Faust-Zitat für Wilhelm Käber in Erfüllung gegangen. In seinem ganzen politischen Wirken der Praxis zu- und der Theorie abgewandt, grünt sein Lebensbaum jetzt schon im 91. Jahr.

Der Name des sozialdemokratischen Politikers und langjährigen Vorstandsmitgliedes des Grenzfriedensbundes, der am 27. Dezember 1986 seinen 90. Geburtstag feierte, ist untrennbar verbunden mit der schleswig-holsteinischen Landessatzung, der »Verfassung« des nördlichsten Bundeslandes. Sie entstand unter seiner Federführung als Innenminister im sozialdemokratischen Kabinett Hermann Lüdemann.

Als erfahrener Kommunalpolitiker wußte der damals bereits über 50jährige Sohn eines preußischen Gendarmeriewachtmeisters um den Wert der Gemeinde als »Keimzelle« der Demokratie. Im überschaubaren Rahmen der Gemeinde waren politischer Prozeß und politische Partizipation unmittelbar und konkret zu erleben. In den ersten Jahren nach dem Ende der Hitler-Diktatur hatte hier das »neue Deutschland« ganz pragmatisch begonnen. Auf diese Erfahrungen aufbauend, setzte Käber sich für eine Gemeindeordnung mit einem Bürgermeister als politischen Wahlbeamten auf Zeit ein, der die Verwaltung leitet. Diese sogenannte Magistratsverfassung, die noch heute im Land Schleswig-Holstein gültig ist, geht also auch wesentlich auf den heute 90jährigen zurück.

Zu den Leistungen, an die Käber sich gegenüber dem Kieler Historiker Frank Lubowitz erinnerte, gehört der Aufbau eines neuen öffentlichen Dienstes. Hier ließ er sich von noch heute sehr modern anmutenden Gedanken leiten: Um Beamte heranzubilden, die mit anderen Verwaltungsformen als den preußisch-bürokratischen vertraut waren, versuchte er, junge Leute aus der Wirtschaft für die öffentliche Verwaltung zu gewinnen. Es sollte im Land Schleswig-Holstein nach 1945 in keinem Fall so werden wie in der Weimarer Republik, in der der Aufbau der Demokratie auch am Widerstand der antirepublikanisch eingestellten Beamtenschaft gescheitert war.

Mit Sinn für praktischen Humanismus ging Käber an das große gesellschaftspolitische Problem der Nachkriegszeit im Grenzland heran, den Ausgleich mit der dänischen Minderheit. Zwar war er sich mit dem Kieler Oberbürgermeister und Landtags-Fraktionsvorsitzenden Andreas Gayk einig, daß das Anwachsen der neudänischen Bewegung eine Folge des Zusammenbruchs

des Dritten Reiches mit seinem übersteigerten Nationalismus sowie der verbreiteten materiellen Not sei. Gleichwohl verzichtet die unter wesentlicher Mitarbeit Käbers zustandegekommene »Kieler Erklärung« zu den Rechten der dänischen Minderheit auf bürokratische Gängelung oder Einengung: »Das Bekenntnis zur dänischen Volksgruppe und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden«, lautet der Kernsatz. Und Käber hat dieses Fundament des Grenzfriedens fünf Jahre später, am 10. Februar 1954, als Oppositionsführer im Kieler Landtag vehement gegen Angriffe von deutsch-konservativer Seite verteidigt. Die Regierung Lübke (CDU) wollte damals die parlamentarische Vertretung des dänischen Bevölkerungsteils dadurch erschweren, daß der SSW wie andere Parteien der 5%-Klausel unterworfen würde. Dieser Absicht trat Käber mit den Worten entgegen: »Einen staatspolitischen Handel, bei dem eine besondere Loyalitätserklärung der dänischen Minderheit in unserem Lande gegen Sonderregelung der 5%-Klausel erkaufte werden soll, halten wir für unangebracht. Wer wirklich Ruhe im Grenzland will, sollte nichts erzwingen. Es gibt dort eben Dinge, die nur organisch wachsen können und müssen. Nötigung und Zwang, das hat die Geschichte gelehrt, wurden und werden von jeder Minderheit stets als Demütigung empfunden.«

Die Wortwahl in diesem Zitat ist typisch für den Oppositionsführer Käber: klar in der Aussage, vielleicht auch einmal scharf im Ton, aber nie persönlich verletzend. Den Begriff des Oppositionsführers, ein Import aus dem britischen Parlament, mit politischen Inhalt zu füllen und im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern, war ein weiteres Verdienst des jetzt 90jährigen Wilhelm Käber.

Es ging ihm darum, aus der Opposition im Kieler Landtag eine dem Bürger stets erkennbare und wählbare Alternative zur Landesregierung zu machen. Deshalb trat er auch zäh dafür ein, das Übergewicht der Vertreter aus den vier kreisfreien Städten, Kiel allen voran, in der Landtagsfraktion etwas abzubauen. Es gehe darum, die Interessen der Landwirtschaft und des ländlichen Raums stärker in der SPD-Fraktion zur Geltung zu bringen. Eine Klassen- und Interessenpartei sei die SPD längst nicht mehr. Und konstruktive Opposition könne eine Fraktion nur dann betreiben, wenn sie den Vorstellungen der Regierung ein eigenes, alle wesentlichen Gebiete der Politik umfassendes Konzept gegenüberstelle. Eine noch heute überaus moderne Ansicht und aktuelle Forderung, wie es scheint, auch wenn es inzwischen gut 20 Jahre her ist, daß Käber die Aufgabe des Oppositionsführers, die er von 1953 bis 1966, länger als einer seiner Nachfolger, ausfüllte, einer neuen Generation von SPD-Politikern übergab.

Rüdiger Wenzel

Solide und steigende Tendenz

Dänische Volksgruppe zieht Bilanz zum Jahreswechsel

Die Arbeit der dänischen Volksgruppe und der nationalen Friesen im Landesteil Schleswig entwickelt sich positiv. Das erklärte zum Jahreswechsel Ernst Vollertsen, der Vorsitzende des Sydslesvigske Forening (SSF/Südschleswigscher Verein), der kulturellen Dachorganisation der Minderheit. Die breitgefächerte Kulturarbeit zeigte vielerorts eine solide und steigende Tendenz, sagte er in Flensburg.

Nach seinen Angaben hat der SSF 1986 bei über 1500 Veranstaltungen fast 63000 Teilnehmer gezählt. Zudem habe die Erwachsenenbildung einen »neuen Rekord« mit rund 4700 Menschen in 400 Kursen verzeichnet. Der SSF-Vorsitzende betonte ferner, daß für 1987 die Fertigstellung des Erweiterungsbaues der Dänischen Zentralbibliothek in Flensburg bevorstehe. Die Baukosten von elf Millionen DM werden zur Hälfte von deutscher Seite aufgebracht.

Im neuen Jahr werde der Landeszuschuß für die kulturelle und soziale Arbeit der Volksgruppe von 875500 DM auf 902000 DM angehoben, erklärte Vollertsen. Außerdem gebe es ab 1987 einen Ansatz von 100000 DM im Landesetat für die dänische Büchereiarbeit. Dieser Finanzposten sei eingerichtet worden, nachdem das dänische Parlament die Staatszuschüsse für das deutsche Büchereiwesen in Nordschleswig beträchtlich erhöht habe.

Bei den Zuschüssen werde die dänische Volksgruppe – so der SSF – vom Land und »auch mehr und mehr von den Kreisen« als gleichberechtigte Partner behandelt. Dagegen verhielten sich Gemeinden bei der Unterstützung der Minderheit nach wie vor noch sehr unterschiedlich.

Flensburger Tageblatt, 29.12.1986

*

Nikolaus Merten wird neuer Generalkonsul

Das seit 1954 in Apenrade/Nordschleswig bestehende Konsulat der Bundesrepublik Deutschland in Dänemark ist zu einem Generalkonsulat aufgestuft worden. Als erster deutscher Generalkonsul wird im Februar der 57jährige Nikolaus Merten die diplomatische Leitung übernehmen, bestätigte Konsultatsprecher Bertram Dierkes-Leifeld.

Der Amtsbereich des Generalkonsulats in Apenrade umfaßt den dänischen Landesteil Jütland und die Insel Fünen. Schwerpunktmäßig wird von der Vertretung auch die knapp 20 000 Menschen umfassende deutsche Volksgruppe

in Dänemark ideell betreut.

Gleichartig zum deutschen Genralkonsulat besteht seit Jahren in Flensburg ein dänisches Generalkonsulat, dessen Amtschef Jörgen Peder Hansen für die Belange dänischer Staatsbürger und Fragen der dänischen Volksgruppe in Südschleswig zuständig ist. Der aus Trier stammende neue deutsche Generalkonsul in Dänemark war zuvor in gleicher Position seit 1963 in Madras (Indien) tätig. Merten löst Konsul Karl-Heinz Kohrmeier ab, der im November mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand trat.

Flensburger Tageblatt, 9.1.1987

*

Der Deutschlandfunk sendet jetzt im UKW-Bereich aus Flensburg

In einer Mitteilung des Deutschlandfunks heißt es dazu: »Am 22. November 1986 hat der UKW-Sender Flensburg des Deutschlandfunks seinen Betrieb aufgenommen, der auf der Frequenz 103,3 MHz das deutsche Programm des DLF rund um die Uhr abstrahlt. Da sich der Aufbau der eigentlichen Sendeanlage verzögert, installierte die Bundespost zunächst einen Reservesender mit einer Leistung von 200 Watt. Voraussichtlich im März aber ist mit der vollen Leistung von 20 kW zu rechnen. Dann wird der DLF im Landesteil Schleswig und im südlichen Dänemark zu empfangen sein. Wie die Bundespost, die alle Sender des Deutschlandfunks betreibt, im übrigen mitteilt, soll der zweite UKW-Sender des DLF in Schleswig-Holstein Mitte Juli bei Eutin in Betrieb genommen werden. Er wird mit einer Leistung von 100 kW abstrahlen.«

Gleich neben RSH – auf der Skala – finden wir also jetzt den Deutschlandfunk auch im UKW-Bereich, und dieser Sender mit seinem eigenen Profil ist eine wirkliche Bereicherung des Rundfunkangebotes. Im Programm des DLF treten die zahlreichen anspruchsvollen Wortsendungen zu Politik, Kultur und Gesellschaft besonders hervor. Außerdem fehlt die Werbung – Welch eine Wohltat! Dem interessierten Leser bzw. Hörer sei empfohlen, sich einmal das kostenlose DLF-Programmheft schicken zu lassen:

Monatsheft »Programm und Information« Deutschlandfunk
Raderberggürtel 40 • 5000 Köln 51

Interessant ist auch das Mittelwellen- Programm des DLF auf der Frequenz 1269 kHz oder 236,4m; der Sender hat eine große Reichweite bis Norwegen und Schweden. Von 19.45 bis 20.15 Uhr wird hier unter der Überschrift »Hallo Danmark« ein Programm in dänischer Sprache ausgestrahlt:

montags – Kulturmagazin und Sport

dienstags – Reportagen aus Deutschland

mittwochs – Reisetip der Woche
donnerstags – Hörer-Magazin
freitags – Reportagen
sonnabends – Das Musik-Portrait/
Deutschland-Quiz

Abschließend sei noch der Deutschkurs für unsere dänischen Nachbarn erwähnt. Er wird montags von 19.30 bis 19.45 Uhr im Mittelwellen-Programm des DLF gesendet.

Eckhard Bodenstein

*

Spuren der deutsch-dänischen Kriege – Wege zum Frieden

Die deutsch-dänischen Konflikte von 1848/50 und 1864 und die Verständigung von 1920 und 1948/55.

Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund führte unter dem oben genannten Thema ein Jugendseminar unter der Leitung von Dr. Klauspeter Reumann vom 6. bis 8. Februar durch, das zum Ziel hatte, Jugendliche im Alter zwischen 16 und 19 Jahren an Fragen der schleswig-holsteinischen Geschichte heranzuführen. Etwa 35 Schülerinnen und Schüler aller Schularten nahmen an diesem Seminar teil, das so angelegt war, daß die Teilnehmer persönlich mit der Geschichte in Berührung kamen. »Geschichte zum Anfassen« hieß deshalb das methodische Ziel dieses Seminars.

Aus diesem Grunde wurden die Jugendlichen auf einer Exkursion zu der Gedenkstätte Idstedt, sowie zu den Kriegsgräbern und Denkmälern von Oeversee, Flensburg und Düppel geführt. Diese Art der Such- und Entdeckertätigkeit motivierte die Schülerinnen und Schüler dazu, von den vordergründigen Überresten der kriegerischen Auseinandersetzungen zu den militärischen und politischen Hintergründen weiterzufragen. Um diese historischen Lücken zu schließen, hatten die Teilnehmer u. a. die Möglichkeit, mit einem Teilnehmer des Oeverseemarsches über den Sinn und Hintergrund des Marsches zu diskutieren, Gedanken über die Rückkehr des Idstedt-Löwen auszutauschen oder die Zusammenhänge der nationalen Erhebung in Schleswig-Holstein von 1848 bis zur preußischen Einverleibung der beiden Herzogtümer 1866 zu erfahren und in intensiver Quellenarbeit zu vertiefen.

Nach Ansicht von Dr. Reumann wurde mit diesem Seminar dreierlei erreicht:

1. Eine Gegendwartsorientierung hin auf den deutsch-dänischen Ausgleich und Grenzfrieden,
2. eine Verbindung mit der allgemeinen deutschen Geschichte (Revolution und Reichseinigung) und

3. die Rückbesinnung auf eigentümlich schleswig-holsteinische Geschichtsentscheidungen in der Zeit zwischen 1848 und 1866. Die Jugendlichen waren auch sichtbar beeindruckt von allen Zeugnissen der deutschdänischen Versöhnung und des gegenseitig respektierenden Ausgleichs wie das dänische Denkmal in Oeversee, das durch die Worte deutlich wird: »ehrendes Andenken auch den tapferen österreichischen Soldaten« oder das Denkmal des Stammkomitees, »Was sich im Leben bekämpfte, ruhet jetzt friedlich vereint«, aber auch die preußischen Gedenksteine in Düppel für die »tapferen« dänischen Soldaten.

Deshalb verstanden die Jugendlichen dieses Seminar auch als einen weiteren Baustein zum kritischen Verständnis der Grenzlandsituation und als einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der beiden Nationen.

Jens Jacobsen